

Bach, Stefan et al.

Article — Published Version

Einkommens- und Vermögensverteilung: zu ungleich?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bach, Stefan et al. (2014) : Einkommens- und Vermögensverteilung: zu ungleich?, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 94, Iss. 10, pp. 691-712, <https://doi.org/10.1007/s10273-014-1737-z>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/155710>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einkommens- und Vermögensverteilung – zu ungleich?

Die Einkommens- und Vermögensverteilung hatte sich in Deutschland vor dem Beginn der Finanzkrise zunehmend ungleich entwickelt, seitdem aber ist die Ungleichheit zurückgegangen. Ob Ökonomen beurteilen können und sollen, was eine „richtige und gerechte“ Einkommensverteilung ist, bleibt fraglich. Zusammenhänge können allerdings diskutiert werden: Ist Ungleichheit der Preis des Wachstums? Wie ist die Situation in Deutschland im internationalen Vergleich einzuschätzen? Können Einkommen durch soziale Mobilität egalitärer verteilt werden?

Stefan Bach

Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Trends und Perspektiven

Verteilungsfragen haben in den wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Diskussionen der letzten Jahre an Gewicht gewonnen. In vielen Ländern ist die Verteilung der Einkommen und Vermögen spürbar ungleicher geworden.¹ Auch für Deutschland lässt sich diese Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre beobachten.²

Verschiebungen in der funktionalen Einkommensverteilung

Die funktionale Einkommensverteilung, wie sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ausgewiesen wird, zeigt die Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die aus dem Produktionsprozess entstehen. Innerhalb des Bruttonationaleinkommens³ zeigt sich für die letzten 15 Jahre eine bemerkenswerte Umverteilung von den Arbeitseinkommen

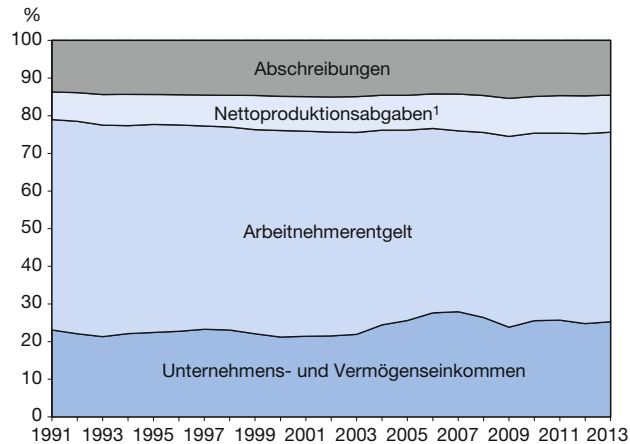
zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen (vgl. Abbildung 1). Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter plus Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) am Bruttonationaleinkommen, der sich bis Ende der 1990er Jahre um die 55% bewegte, ist bis 2007 auf 48% gesunken. Dank der guten Beschäftigungsentwicklung und moderat steigender Löhne hat sich dieser Anteil seitdem wieder etwas erholt. Im Trend dürfte sich der Anteil der Arbeitseinkommen am Bruttonationaleinkommen aber weiterhin um etwa 4 Prozentpunkte unter dem Niveau der 1990er Jahre bewegen, was am aktuellen Rand (2014) 115 Mrd. Euro im Jahr entspricht. Spiegelbildlich gestiegen ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Deren Anteil ist bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise noch deutlich stärker gestiegen, seitdem hat er sich wieder teilweise zurückgebildet. Auch der Anteil der indirekten Steuern (hier als „Nettoproduktionsabgaben“ bezeichnet, abzüglich Subventionen) ist seit Mitte der 1990er Jahre gestiegen, was vor allem auf die mehrfachen Mehrwertsteuererhöhungen und die Ökologische Steuerreform zurückzuführen ist. Hingegen hat sich der Anteil der Abschreibungen nur leicht erhöht.

Insgesamt wurden also die Arbeitseinkommen seit der Jahrtausendwende sowohl von den Unternehmens- und Vermögenseinkommen als auch von den indirekten Steuern in die Zange genommen. Detaillierte Analysen zeigen, dass die allgemeine Lohnentwicklung seit Ende der 1990er Jahre recht schwach war, die Bruttostundenlöhne inflationsbereinigt teilweise sogar leicht zurückgingen und diese Entwicklung auch die mittleren und höheren Lohngruppen betroffen hat.⁴ Entsprechend sind auch die Renten und die Lohnersatzleis-

- 1 OECD: Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries, Paris 2008; OECD: Rising inequality: youth and poor fall further behind. Insights from the OECD Income Distribution Database, June 2014; OECD.StatExtracts: Income Distribution and Poverty, 2014; A. B. Atkinson, T. Piketty, E. Saez: Top Incomes in the Long Run of History, in: Journal of Economic Literature, 49. Jg. (2011), H. 1, S. 3-71; F. Alvaredo, A. B. Atkinson, T. Piketty, E. Saez: The Top 1 Percent in International and Historical Perspective, in: Journal of Economic Perspectives, 27. Jg. (2013), H. 3, S. 3-20.
- 2 Zur Entwicklung über die Jahrzehnte zuvor vgl. insbesondere I. Becker, R. Hauser: Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998, Berlin 2003; H. Stein: Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin 2004.
- 3 Das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher Bruttosozialprodukt (BSP)) misst die von den Inländern erwirtschafteten Bruttoeinkommen. Es unterscheidet sich vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) durch den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit dem Ausland. Dieser Saldo ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und betrug 2% bis 3% des BIP.

- 4 K. Brenke, M. M. Grabka: Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt, in: DIW Wochenbericht, Nr. 45, 2011.

Abbildung 1
Struktur des Bruttonationaleinkommens



¹ Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

tungen der Arbeitslosen- und Krankenversicherung real nur wenig gestiegen, da sich diese Transfers an der Lohnentwicklung orientieren. Renten- und Arbeitsmarktreformen begrenzen zusätzlich den Anstieg der Transfereinkommen.

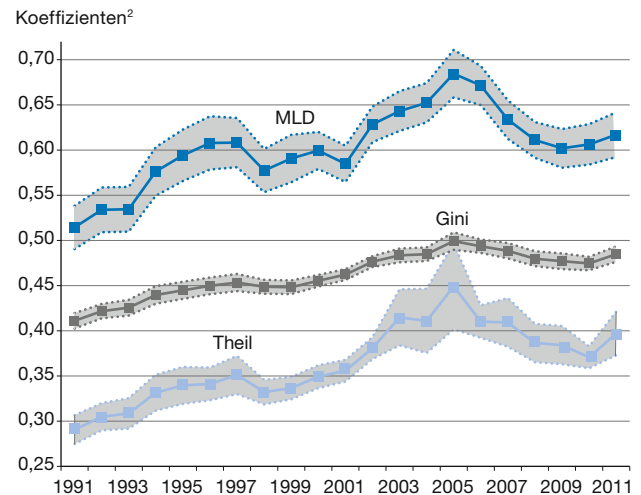
Das Wirtschaftswachstum der letzten Dekaden ist also zu einem erheblichen Teil den Beziehern von Unternehmens- und Vermögenseinkommen zugute gekommen. Da sich diese Einkommen weitgehend bei den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung konzentrieren, die auch nur wenig von Erwerbslosigkeit betroffen sind, wurde die Verteilung der Markteinkommen spürbar ungleicher. Erst in den letzten Jahren sowie für die nächsten Jahre zeichnet sich aufgrund der Tendenz zur Vollbeschäftigung in vielen Arbeitsmarktsegmenten und in den wirtschaftlich starken Regionen eine gewisse Umkehr dieser Entwicklungen ab.

Zunehmende Einkommensungleichheit

Die zuverlässigste Quelle zur Entwicklung der Einkommensverteilung auf Personen- und Haushaltsebene ist das Sozio-ökonomische Panel (SOEP).⁵ Ausgangsgröße für die Einkommensverteilung sind die Markteinkommen der privaten Haushalte, also die Erwerbs- und Vermögenseinkommen vor staatlichen Steuern und Transfers. Hier zeigt sich ein spürbarer Anstieg der Einkommensungleichheit von 1991 bis Mitte der Nullerjahre, sowohl für den Gini-Koeffizienten

5 Das SOEP ist eine von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin erhobene repräsentative Haushaltserhebung, die als Wiederholungsbefragung (Panelstudie) jährlich durchgeführt wird. Sie erfasst unter anderem detaillierte Informationen zu den Einkommen und sozio-ökonomischen Lebensverhältnissen der Personen und Haushalte, vgl. <http://www.diw.de/de/soep>.

Abbildung 2
Ungleichheit der realen Haushaltseinkommen¹



¹ Einkommen von Personen in Privathaushalten in Preisen von 2005. Im Folgejahr erhoben, Markteinkommen einschließlich eines fiktiven Arbeitgeberanteils für Beamte, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Graue Fläche = 95%-Konfidenzbereich. ² Als Ungleichheitsmaße werden hier neben dem Gini-Koeffizienten die mittlere logarithmierte Abweichung (MLD) und der Theil-Index herangezogen. Fälle mit null Einkommen werden bei MLD und Theil-Koeffizient ausgeschlossen.

Quelle: DIW Wochenbericht, Nr. 46, 2013, S. 15.

enten, dem Standardmaß für die Einkommensungleichheit, als auch für alternative Koeffizienten (vgl. Abbildung 2),⁶ Zu den Punktschätzern werden auch 95%-Konfidenzintervalle angegeben. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichen zu können, wird das gesamte Haushaltseinkommen in ein Äquivalenzeinkommen umgerechnet, das ein unter Bedarfsgesichtspunkten modifiziertes Pro-Kopf-Einkommen darstellt.⁷

Maßgebliche Gründe für diese Entwicklung sind die steigende Arbeitslosigkeit bis 2005, geringe Zuwächse bei den Lohneinkommen und Renten, eine Spreizung der Lohneinkommen sowie steigende Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die vor allem bei den wohlhabenden

6 M. M. Grabka, J. Goebel: Rückgang der Einkommensungleichheit stockt, in: DIW Wochenbericht, Nr. 46, 2013; M. M. Grabka, J. Goebel, J. Schupp: Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, in: DIW Wochenbericht, Nr. 43, 2012.

7 Nach der dabei international üblichen Bedarfsskala („neue OECD-Skala“) erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von 1, weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Unterstellt wird also eine deutliche Kostendegression in größeren Haushalten durch die gemeinsame Haushaltswirtschaft.

Haushalten konzentriert sind.⁸ Ferner wurde die Einkommensungleichheit moderat erhöht durch den Trend zu kleineren Haushalten (was durch die Bedarfsgewichtung die Ungleichheit erhöht) sowie durch steigende Teilzeitarbeit.

Detailliertere Untersuchungen unter Einbeziehung der Top-Einkommen aus der Einkommensteuerstatistik zeigen, dass von 1992 bis 2005 nennenswerte reale Zuwächse bei den Markteinkommen nur für die reichsten 10% der Bevölkerung angefallen sind. Davon entfiel wiederum ein beachtlicher Teil auf das reichste 1%.⁹ Bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 dürfte sich dieser Trend fortgesetzt haben. Insofern scheint tatsächlich ein großer Teil des Wirtschaftswachstums dieser Jahre im obersten Dezil und vor allem bei den Top-Perzentilen der Einkommensverteilung angefallen zu sein, also bei den wohlhabenden und sehr wohlhabenden Teilen der Bevölkerung.

- 8 M. Biewen, A. Juhasz: Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000 - 2005/06, in: Review of Income and Wealth, 58. Jg. (2012), H. 4, S. 622-647; M. Rehm, K. D. Schmid, D. Wang: Why has Inequality in Germany not Risen Further After 2005?, IMK Working Paper, Nr. 137, August 2014.
- 9 S. Bach, G. Corneo, V. Steiner: From Bottom to Top. The Entire Income Distribution in Germany, 1992-2003, in: Review of Income and Wealth, 55. Jg. (2009), H. 2, S. 303-330; dies.: Effective taxation of top incomes in Germany, in: German Economic Review, 14. Jg. (2013), H. 2, S. 115-137.

Die Autoren des Zeitgesprächs



Dr. Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.



Prof. Dr. Hermann Adam lehrt Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.



Dr. Judith Niehues ist Economist in der Abteilung Öffentliche Haushalte und soziale Sicherung am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Christoph Schröder, M.Sc., ist Senior Researcher am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



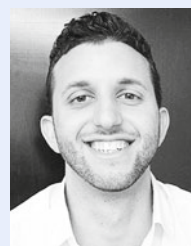
Christian Frey, M.A., ist wissenschaftlicher Assistent an der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern.



Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger ist Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern und lehrt am Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht an der Universität St. Gallen.



Prof. Dr. Norbert Berthold ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, an der Universität Würzburg.



Klaus Gründler, M.Sc., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, an der Universität Würzburg.

Seitdem scheint sich der Trend zunehmender Ungleichheit der Markteinkommen aber nicht mehr fortgesetzt zu haben. Dies ist vor allem auf die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung, den dynamischen Arbeitsmarkt und die sinkenden Vermögenseinkommen zurückzuführen. Die scharfe Rezession 2008/2009 hat sich kaum auf die Einkommensverteilung ausgewirkt. Dank weitreichender Kurzarbeitsregelungen und einer schnellen Erholung der Konjunktur wurde der seit 2006 anhaltende Trend steigender Beschäftigung und moderater Zuwächse bei den Realeinkommen kaum unterbrochen. Insgesamt ist die Beschäftigung in Deutschland seit 2005 um fast 3 Mio. Personen gestiegen und die Arbeitslosigkeit ist um 2,3 Mio. Personen gesunken. Gemessen daran hätte die Ungleichheit der Markteinkommen deutlicher zurückgehen können. Hier spielt die zunehmende Teilzeitarbeit sowie die Ausweitung des Niedriglohnssektors eine Rolle.¹⁰

In der mittleren Frist ist bei einer günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einer anhaltend guten Beschäftigungslage mit einer stärkeren Entwicklung der Masseneinkommen zu rechnen, so dass sich die Einkommensungleichheit insoweit leicht zurückbilden dürfte. Zugleich wird die in den nächsten Jahren zunehmend spürbare demografische Alterung die Einkommensungleichheit im Bevölkerungsquerschnitt erhöhen, da die Alterseinkünfte zumeist niedriger sind als die Erwerbseinkommen und längerfristig Altersarmut ein zunehmendes Problem darstellen dürfte.

Steuerlastverteilung moderat progressiv

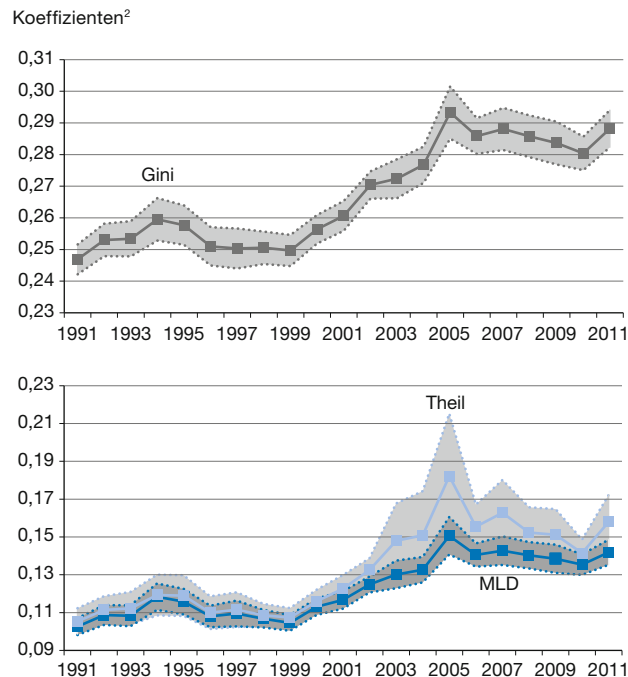
Bei den verfügbaren Haushaltseinkommen, also den Nettoeinkommen nach der staatlichen Umverteilung durch Sozialtransfers¹¹ sowie durch Steuern und Sozialabgaben, stieg die Einkommensungleichheit bis 2005 ähnlich an, vor allem im Zeitraum ab 1999 (vgl. Abbildung 3).¹² Wie sich an dem deutlich niedrigeren Niveau der Verteilungsmaße ablesen lässt, fängt die staatliche Umverteilung zwar die zunehmende Einkommensungleichheit teilweise auf. Allerdings hat die Umverteilungswirkung des Steuer- und Transfersystems leicht abgenommen, denn die Verteilungsmaße des Markteinkommens stiegen für den Zeitraum von 1995 bis 2011

10 Vgl. Sozialpolitik-aktuell.de: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1995-2013, alte Länder, neue Länder und Deutschland nach Geschlecht, Teilzeit und Staatsangehörigkeit; Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, 2011; T. Kalina, C. Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2011. Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn, IAQ Report 2013-01.

11 Renten, Arbeitslosengeld, Grundsicherung und andere staatliche Geldleistungen.

12 Zusätzlich zum Gini-Koeffizienten wird die mittlere logarithmierte Abweichung (Mean-Log-Deviation, MLD) angegeben. Dieser Indikator ist gegenüber dem Gini-Koeffizienten sensibler bezüglich Veränderungen in der unteren Hälfte der Verteilung.

Abbildung 3
Ungleichheit der realen verfügbaren Haushaltseinkommen im Sozio-oekonomischen Panel¹



¹ Einkommen von Personen in Privathaushalten in Preisen von 2005. Im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Graue Fläche = 95%-Konfidenzbereich. ² Als Ungleichheitsmaße werden hier neben dem Gini-Koeffizienten die mittlere logarithmierte Abweichung (MLD) und der Theil-Index herangezogen. Fälle mit null Einkommen werden bei MLD und Theil-Koeffizient ausgeschlossen.

Quelle: DIW Wochenbericht, Nr. 46, 2013, S. 18.

weniger stark an als die Verteilungsmaße des verfügbaren Einkommens. Das liegt vor allem an den Steuerreformen seit Mitte der 1990er Jahre, die hohe Einkommen und Vermögen entlastet haben. Die Vermögensteuer wird nicht mehr erhoben, die Einkommensteuer-Spitzenätze sowie die Unternehmensteuern wurden 2001 und 2008 deutlich gesenkt und die Kapitalerträge werden seit 2009 nur noch pauschal mit 25% Abgeltungsteuer belastet. Die Erbschaftsteuer hat in Deutschland nur ein geringes Gewicht und privilegiert die Nachfolge in Familienunternehmen. Unternehmensvermögen, die bei den sehr hohen Vermögen dominieren, können weitgehend steuerfrei auf die Nachfolger übertragen werden.¹³

Ferner sind die indirekten Steuern mehrfach angehoben worden, was bei der hier dargestellten Verteilung des verfügbaren Einkommens noch nicht berücksichtigt ist. Dies betrifft vor allem die Mehrwertsteuer, aber auch die Energiesteuern einschließlich der Umlage nach dem Erneuerbare-

13 Vgl. dazu die Auswertungen der Erbschaftsteuerstatistik, in: Bundestags-Drucksache 18/1516, 23.5.2014, S. 23 ff.

Energien-Gesetz. Diese Steuern wirken „regressiv“ bezogen auf die verfügbaren Einkommen, sie belasten die einkommensschwächeren Haushalte in Relation zum Einkommen deutlich stärker als die wohlhabenden Haushalte, die einen größeren Teil ihres Einkommens sparen und einen geringeren Teil für Energie ausgeben. Selbst wenn man die Konsumsteuern auf die laufenden Ausgaben und nicht auf das Einkommen bezieht, wirken sie immer noch schwach regressiv, im Gegensatz zur progressiven Einkommensteuer.

Analysen zur Steuerlastverteilung zeigen, dass die Einkommensbesteuerung deutlich progressiv ist, also bei höheren Einkommen steigende Steuerbelastungen bewirkt.¹⁴ Allerdings sind die Steuerbelastungen der Top-Verdiener durch die Steuersenkungen bis 2005 spürbar zurückgegangen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen über 250 000 Euro auf 45% hat das nur wenig kompensiert. Die Einkommen- und Unternehmensteuern machen zudem nur die Hälfte des gesamten Steueraufkommens aus. Die andere Hälfte entfällt auf die indirekten Steuern, die in den letzten Jahren gestiegen sind. Diese belasten die ärmeren Bevölkerungsschichten relativ stärker. Daher ist die gesamte Steuerlastverteilung nur moderat progressiv.¹⁵

Die Sozialreformen der Nullerjahre haben dagegen die Ungleichheit und das Armutsrisiko nur wenig beeinflusst. So hat etwa die Einführung der Grundsicherung 2005 zwar für viele Bezieher der früheren Arbeitslosenhilfe finanzielle Nachteile gebracht. Zugleich wurden aber die Grundsicherungsleistungen teilweise ausgeweitet und gezielter auf Personen mit niedrigem Einkommen zugeschnitten,¹⁶ was insoweit die Umverteilungswirkung des Transfersystems erhöht hat.

Die häufig verwendete Armutsrisikoquote, die den Anteil der Bevölkerung mit einem äquivalenzgewichteten verfügbaren Einkommen von weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung (Median) misst, ist seit Ende der 1990er Jahre von 11% auf 14% ab 2005 gestiegen.¹⁷ Bisher ist hier kein signifikanter Rückgang zu erkennen. Ferner zeigt sich, dass die Einkommensmobilität in den letzten beiden Jahrzehnten abgenommen hat, d.h., es gibt weniger individuelle Auf- und Abstiege in andere Einkommensgruppen. Besonders an den Rändern der Einkommenshierarchie sind die Verfestigungstendenzen ausgeprägt. Die Chancen, dem Armutsrisiko zu entkommen, sind in den vergangenen Jahren auf weniger als 50% gesunken.

14 S. Bach, G. Corneo, V. Steiner: Effective taxation ..., a.a.O.

15 B. Beimann, R. Kambeck, T. Kasten, L.-H. Siemers: Wer trägt den Staat? Eine Analyse von Steuer- und Abgabenlasten, RWI Position, Nr. 43 vom 1.4.2011.

16 M. Arntz et al.: Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform, IAB-Forschungsbericht, Nr. 10/2007.

17 M. M. Grabka, J. Goebel: Rückgang der Einkommensungleichheit ..., a.a.O., S. 20.

Vermögen stark konzentriert

Die Vermögen sind noch wesentlich stärker konzentriert als die Einkommen. Das gilt jedenfalls für die Sach- und Finanzvermögen im engeren Sinne, also Immobilienvermögen, Geld- und Finanzvermögen, Unternehmensbeteiligungen, abzüglich Schulden auf die Vermögenswerte (Nettovermögen). So ergeben Analysen auf Grundlage des SOEP einschließlich einer Zuschätzung für die sehr wohlhabenden Personen, dass von den gesamten Nettovermögen der privaten Haushalte (ohne Altersvorsorgevermögen und Hausrat) 2007 zwei Drittel auf die reichsten 10% entfielen, 36% auf die reichsten 1% und noch 23% auf die reichsten 0,1%.¹⁸

In dieser Vermögensdarstellung sind allerdings die Alters- und Vorsorgevermögen im Rahmen von Sozialversicherungen, betrieblicher Altersvorsorge oder privater Krankenversicherungen nicht enthalten. Die Vermögensverteilung im weiteren Sinne, bei der auch die Lohnneinkommen zum „Humankapital“ oder sämtliche Sozialtransfers zum „Sozialvermögen“ kapitalisiert werden, nähert sich naturgemäß der geringeren Ungleichheit der Einkommensverteilung an.¹⁹

Längere Zeitreihen zur Vermögensverteilung liegen für Deutschland nicht in konsistenter Form vor.²⁰ Vermutlich hat sich die Vermögensverteilung seit den 1990er Jahren entsprechend den beschriebenen Entwicklungstrends bei der Einkommensverteilung konzentriert. Nennenswerte Sparquoten finden sich nur in den oberen Dezilen,²¹ und angesichts der erheblichen Top-Einkommenskonzentration dürfte ein größerer Teil dieser Einkommensentwicklung zur Vermögensbildung geführt haben. Die hohen gesamtwirtschaftlichen Sparquoten und die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands belegen diese Entwicklung. Für Deutschland ist auffällig, dass ein erheblicher Anteil dieser Ersparnisse in den Unternehmen einbehalten wurde. Hier spiegelt sich die mittelständische Prägung vieler erfolgreicher Branchen wider. Zugleich war die Investitionsentwick-

18 S. Bach, M. Beznoska, V. Steiner: A Wealth Tax on the Rich to Bring Down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy in Germany, DIW Berlin Discussion Paper, Nr. 1137, 2011, S. 11; und in: Fiscal Studies, 35. Jg. (2014), Nr. 1, S. 77; vgl. dazu auch die neueren Schätzungen für Deutschland von P. Vermeulen: How fat is the top tail of the wealth distribution?, ECB Working Paper, Nr. 1692, Juli 2014.

19 Vgl. eine Analyse unter Einbeziehung des Alterssicherungsvermögens von J. R. Frick, M. M. Grabka: Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen, in: DIW Wochenbericht, Nr. 3, 2010.

20 Vgl. J. R. Frick, M. M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Nr. 4, 2009; M. M. Grabka, C. Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht, Nr. 9, 2014; sowie H. Stein, a.a.O.

21 Vgl. dazu K. Brenke, G. G. Wagner: Ungleiche Verteilung der Einkommen bremsst das Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftsdienst, 93. Jg. (2013), H. 2, S. 113 ff.

lung in Deutschland über die letzten 15 Jahre eher schwach. Statt in inländisches Sachkapital investiert zu werden und damit das Produktionspotenzial zu erhöhen, ist ein größerer Teil dieser Ersparnisse ins Ausland geflossen, spiegelbildlich zu den Leistungsbilanzüberschüssen. Im Zuge der Finanzkrise waren hier allerdings Verluste zu verzeichnen.²²

Im Durchschnitt haben die privaten Haushalte in Deutschland im europäischen Vergleich relativ geringe Vermögen, wie eine empirische Studie der Zentralbanken der Eurozone zeigt.²³ Dies wird vor allem mit der breiten Absicherung durch die sozialen Sicherungssysteme sowie mit den staatlichen Leistungen der Wohnungs- und Bildungspolitik erklärt. Diese staatliche Daseinsvorsorge entlastet die Bürger von privater Vorsorge bzw. Vermögensbildung. Sie führt aber spiegelbildlich zu hohen Steuer- und Abgabenlasten auch für die mittleren Haushalte, die deren Möglichkeiten zur Vermögensbildung reduziert. Ferner machen sich die niedrige Wohneigentumsquote und die lange Zeit stagnierenden Immobilienpreise in Deutschland bemerkbar. Dadurch sind die Haushalte in Deutschland aber auch nicht von den Folgen volatiler Immobilienmärkte oder Überschuldungen durch Immobilienkredite betroffen.

Da deutsche Haushalte einen relativ hohen Anteil ihrer Finanzanlagen in festverzinsliche Anlagen oder Lebensversicherungen investieren und wenig Aktien und Unternehmensbeteiligungen halten, sind sie von den derzeit niedrigen Zinsen betroffen und profitieren kaum vom Boom auf den Vermögenmärkten. Dies belastet die Normalsparer in einem Ausmaß, das die in den letzten Jahren vorgeschlagenen Vermögensabgaben für Wohlhabende²⁴ weit in den Schatten stellt.²⁵ Da die Niedrigzinsphase wohl länger andauern und sich dadurch der Boom auf den Vermögenmärkten fortsetzen dürfte, erhöht dies insoweit mittelfristig die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Fazit: zunehmende Ungleichheit und was dagegen getan werden kann

Auch in Deutschland ist die Verteilung der Einkommen und Vermögen über die letzten beiden Jahrzehnte spürbar ungleicher geworden. Die Unternehmens- und Vermögensein-

kommen legten im Trend deutlich zu, während die Masseneinkommen stagnierten und niedrige Erwerbseinkommen teilweise sogar gesunken sind. Die Umverteilung durch das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme hat diese Wirkungen gemildert, ist aber ebenfalls leicht reduziert worden. Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen wurden gesenkt, die indirekten Steuern angehoben und die Sozialsysteme reformiert.

Diese Entwicklungen sind nicht dramatisch und haben sich seit der Finanzkrise nicht weiter verschärft. Die Ungleichheit ist stabil, wenn auch auf einem höheren Niveau als in der alten Bundesrepublik. Sie verunsichert aber breitere Bevölkerungsschichten und löst regelmäßig aufgeregte Diskussionen in Medienöffentlichkeit und Politik aus. Dies wirkt umso bedrohlicher, als zuletzt längerfristige Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert wurden, nach denen der moderne Kapitalismus zu einer immer stärkeren Konzentration der Einkommen und Vermögen neigt.²⁶ Dies gefährdet die Mittelschichtgesellschaft und delegitimiert die soziale Marktwirtschaft mit ihren Versprechen von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit.

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“, sagt der Dichter. In den letzten Jahren wurden höhere Steuern auf hohe Einkommen oder Vermögen intensiv diskutiert.²⁷ Die steuerpolitischen Möglichkeiten hierzu verbessern sich, da Steuergestaltungen und Steuerflucht sowohl in den nationalen Steuersystemen als auch durch internationale Zusammenarbeit bekämpft werden. Ferner kann die Wirtschafts- und Sozialpolitik die Vermögensbildung fördern, vor allem bei Altersvorsorge und Wohneigentum. Arbeitnehmer können sich mit Lohnbestandteilen am Erfolg ihrer Arbeitgeber beteiligen. Machtverschiebungen auf den Arbeitsmärkten durch demografische Trends, Arbeitsmarktregulierungen (z.B. Mindestlohn) und Sozialreformen (vor allem die Grundsicherung) können die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer stärken und, soweit sie nicht zu höherer Arbeitslosigkeit führen, wieder einen höheren Anteil des Volkseinkommens in die Kassen der Massen lenken. Längerfristig sollte man durch Bildung und gesellschaftliche Integration die Produktivität von Menschen erhöhen, die bisher nur geringe Einkommen erzielen können.

22 E. Klär, F. Lindner, K. Šehović: Investition in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens, in: Wirtschaftsdienst, 93. Jg. (2013), H. 3, S. 189-197.

23 European Central Bank: The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey. Results from the first wave, 2013, ECB Statistics Paper Series, Nr. 2, April 2013.

24 S. Bach: Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa, in: DIW Wochenbericht, Nr. 28, 2012.

25 S. Bach: Niedrigzinsen: Vermögensabgabe der Mittelschicht, Kommentar, in: Wirtschaftsdienst, 93. Jg. (2013), H. 9, S. 580; Allianz Global Wealth Report 2014.

26 Vgl. die Diskussion um T. Piketty: Capital in the Twenty-First Century, Harvard 2014; dazu etwa D. Acemoglu, J. A. Robinson: The Rise and Fall of General Laws of Capitalism, Working Paper, August 2014; R. M. Solow: Thomas Piketty is right: everything you need to know about „Capital in the Twenty-First Century“, NewStatesman vom 27.4.2014; J. K. Galbraith: Kapital for the Twenty-First Century? Dissent, Spring 2014.

27 Vgl. S. Bach: „Reichensteuer“-Diskussion: Hintergrund und Perspektiven, DIW Roundup 16, 2014; S. Bach, M. Schratzenstaller (Hrsg.): Höhere „Reichensteuern“: Möglichkeiten und Grenzen, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 82. Jg. (2013), H. 1, S. 5-12.

Hermann Adam

Mehr Gleichheit von Einkommen und Vermögen – ökonomisch machbar und politisch notwendig

Die Forderung nach einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögensverteilung wird seit jeher von Teilen liberal-konservativer Parteien sowie von Unternehmens- und Wirtschaftsverbänden als Sozialneid der Unterschicht, die der Oberschicht ihren auf Leistung beruhenden ökonomischen Erfolg missgönne, diskriminiert. Der ökonomische Mainstream hat mehrere Jahrzehnte dieser politischen Parole eine scheinbar „wissenschaftliche“ Untermauerung geliefert, indem behauptet wurde, eine egalitäre Einkommens- und Vermögensverteilung sei volkswirtschaftlich schädlich. In diesem Beitrag wird aufgezeigt, dass eine gleichmäßigere Verteilung nicht nur keinen volkswirtschaftlichen Schaden anrichtet, sondern auch zur Sicherung gesellschaftlicher Stabilität und demokratischer Prozesse dringend notwendig ist.

Jahrzehntlang haben Wilkinson und Pickett aus unterschiedlichen Disziplinen empirische Daten zusammengetragen, die belegen: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Einkommensungleichheit in einem Land und seinen gesellschaftlichen Problemen. Mit wachsenden Einkommensdisparitäten – so zahlreiche Forschungsergebnisse – schwindet der Zusammenhalt der Menschen, das gegenseitige Misstrauen wächst, soziale Bindungen lösen sich auf, die Hilfsbereitschaft wird geringer, Gewalt, Kriminalität und Drogenmissbrauch nehmen zu. Zudem werden die Anforderungen am Arbeitsplatz ständig größer. Immer mehr fühlen sich überfordert. Folge: Die Zahl kranker, depressiver, todunglücklicher oder übergewichtiger Menschen steigt.¹

Spätestens seit Erscheinen dieses bahnbrechenden Werks sollte eine gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands nicht mehr als unbilliges Anspruchsdenken von Leistungsschwachen oder Arbeitsunwilligen abqualifiziert werden. Auch Wohlhabende würden von einer egalitäreren Verteilung profitieren. So sind beispielsweise Menschen in Ländern mit mehr Gleichheit insgesamt gesünder, und das betrifft auch den reichsten und am besten gebildeten Teil einer Gesellschaft. Selbst bei der Lese-Schreib-Kompetenz schneiden Kinder von Eltern mit dem höchsten Ausbildungsniveau besser ab, wenn sie in Ländern mit höherer Gleichheit wie Finnland und Belgien leben als in

1 Vgl. R. Wilkinson, K. Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2010.

Großbritannien und den USA, die beide eine größere Einkommensspreizung aufweisen.²

Siegeszug der neoliberalen Wirtschaftstheorie

Ungeachtet dessen haben die Regierungen fast aller Wohlfahrtsstaaten in den letzten drei Jahrzehnten nicht nur zugelassen, dass sich die Einkommensschere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnete. Sie haben diesen Prozess durch ihre angebotsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik sogar noch gefördert. Dies dürfte mit dem Siegeszug der monetaristischen und neoliberalen Wirtschaftstheorie zu erklären sein, die mit Beginn der 1980er Jahre weltweit zur herrschenden Lehre in der Wirtschaftswissenschaft avancierte.

In Deutschland hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung maßgeblich zur Verankerung dieser „Lehre“ beigetragen.³ So schrieb er bereits in seinem ersten Jahresgutachten 1964/1965 zur Einkommensverteilung: „Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein.“⁴ Zwar taucht das Wort Einkommensverteilung in diesem Satz nicht explizit auf, doch das Verhältnis zwischen Preisen und Kosten bezeichnet den Monopolgrad. Dieser drückt die Preissetzungsmacht der Unternehmen auf unvollkommenen Märkten aus und bestimmt, welche Einkommensverteilung die Unternehmer aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht durchsetzen können. Der Sachverständigenrat erklärt allerdings nicht, wie ein bestimmter Monopolgrad zustande kommt. Er „spielt sich ein“, heißt es lapidar. Monopolgrad und Einkommensverteilung sind also exogen von den „Marktkräften“ vorgegeben. Folglich sind Verteilungskämpfe für den Sachverständigenrat funktionslos,⁵ weil sie

2 Vgl. ebenda, S. 213 f. Zum Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Ungleichheit siehe auch M. Richter, K. Hurrelmann: Warum die gesellschaftlichen Verhältnisse krank machen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Nr. 42/15.10.2007; und T. Lampert et al.: Soziale Ungleichheit und Lebenserwartung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, Nr. 42/15.10.2007.

3 Vgl. W. Meißner: Die Lehre der Fünf Weisen, Köln 1980; A. Strätling: Sachverständiger Rat im Wandel, Marburg 2001.

4 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1964/65, Tz. 248.

5 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1967/68, Tz. 373.

Tabelle 1
Einkommensverteilung im Vergleich¹

Ländergruppen	Gini-Koeffizient	P90/P10 ²
Skandinavische Länder		
Dänemark	0,25	2,8
Norwegen	0,25	3,0
Schweden	0,26	3,2
Kontinentaleuropäische Länder		
Deutschland	0,30	3,5
Frankreich	0,29	3,4
Österreich	0,26	3,2
Angelsächsische Länder		
Australien	0,34	4,5
Großbritannien	0,34	4,6
USA	0,38	5,9

¹ Ende der 2000er Jahre. ² Verhältnis des neunten Einkommensperzentils zum untersten. Die Haushalte werden nach der Höhe ihres äquivalenzgewichteten verfügbaren Nettoeinkommens sortiert und in zehn gleiche Gruppen (Perzentile) aufgeteilt. Die 10% mit den niedrigsten Einkommen bilden das erste, diejenigen 10% mit den höchsten Einkommen das zehnte Perzentil. Das Verhältnis des neunten zum untersten Perzentil (P90/P10) misst, um wie viel mehr der „Ärmste“ des obersten Perzentils im Vergleich zum „Reichsten“ des untersten Perzentils verdient.

Quelle: OECD.

die Einkommensverteilung nicht ändern können,⁶ sondern entweder zu einer inflationären Entwicklung⁷ (1970er Jahre) oder zu Arbeitslosigkeit und Stagflation⁸ (1980er Jahre) führen. Wirtschaftliche Fehlentwicklungen sind letztlich für ihn Folge einer „falschen“, d.h. zu egalitären Einkommensverteilung.

Monopolgrad, Preissetzungsmacht der Unternehmen und Einkommensverteilung sind jedoch kein Ergebnis eines autonomen Mechanismus, sondern politisch zu beeinflussen. Das zeigt sich an der tatsächlichen Einkommensverteilung, die – gemessen am Gini-Koeffizienten oder am Verhältnis des neunten zum ersten Perzentil – in jedem Land anders ist (vgl. Tabelle 1). Am geringsten sind die Einkommensdisparitäten in den skandinavischen, am größten in den angel-

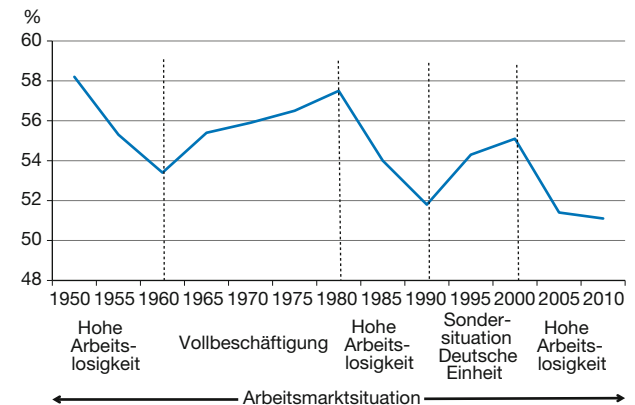
6 Der Rat plädierte deshalb für die sogenannte „kostenniveauneutrale Lohnpolitik“, mit der die gegebene Verteilung langfristig festgeschrieben werden sollte.

7 „Im Kern des Inflationsprozesses stehen die Interessen im Kampf um die Einkommensverteilung“, vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1975/76, Tz. 92.

8 „Die Arbeitnehmer und ihre Organisationen bekommen, treiben sie das Lohnniveau zu hoch, die Haftungsfolge ‚Unterbeschäftigung‘ erst zu spüren, wenn es bereits zu spät ist“, vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1975/76, Tz. 307.

Abbildung 1
Einkommensverteilung und Arbeitsmarktlage in Deutschland¹

Beschäftigtenstrukturbereinigte² Lohnquote³



¹ Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1991 Gesamtdeutschland. ² Konstante Beschäftigtenstruktur von 1950. ³ Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelt) am Volkseinkommen.

Quelle: H. Adam: Bausteine der Wirtschaft, 16. Aufl., Wiesbaden 2014, S. 397.

sächsischen Ländern. Deutschland liegt als kontinentaleuropäisches Land dazwischen.

Nicht nur im Ländervergleich, sondern auch innerhalb eines Landes ist die Einkommensverteilung nicht ein für allemal festgeschrieben. So waren in der alten Bundesrepublik sowohl die funktionelle als auch die personelle Einkommensverteilung in den 1960er und 1970er Jahren egalitärer als heute.⁹ Erst mit Beginn der 1980er Jahre öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich. Dabei fällt auf: Die Verteilung hat sich spiegelbildlich zur Arbeitsmarktsituation entwickelt. In den Jahren der Vollbeschäftigung stieg die beschäftigtenstrukturbereinigte Lohnquote, und die Verteilung wurde gleichmäßiger. Bei hoher Arbeitslosigkeit sank die Lohnquote und die Einkommensunterschiede vergrößerten sich (vgl. Abbildung 1). Das spricht für einen deutlichen Einfluss der Arbeitsmarktlage und damit der Gewerkschaften auf die Einkommensverteilung.

Welches Wohlfahrtsstaatsmodell?

Es ist deshalb an der Zeit, sich wieder auf die ökonomischen Theorien zu besinnen, die die Verteilung nicht als autonom von den Marktkräften bestimmt, sondern als Ergebnis von Interdependenzen ökonomischer und politisch-sozialer Prozesse sehen.¹⁰ Allerdings kann die Wirtschafts-

9 Vgl. H. Adam: Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen, in: Wirtschaftsdienst, 94. Jg. (2014), H. 2, S. 105.

10 Vgl. z.B. W. Krelle: Verteilungstheorie, Tübingen 1962, S. 262 ff.; oder B. Külp: Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Berlin 1965.

wissenschaft das Zusammenspiel politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren beim Entstehen der Einkommensverteilung bzw. des Monopolgrads nicht erklären.¹¹ Hierzu hat jedoch die vergleichende Staatstätigkeitsforschung der Politikwissenschaft interessante Ergebnisse geliefert, indem sie nicht nur die spezifischen Merkmale von Wirtschafts- und Sozialordnungen besser herausgearbeitet, sondern auch die Gründe analysiert hat, die verschiedene Kapitalismusvarianten¹² und Wohlfahrtsstaatstypen¹³ hervorgebracht haben.

So sind neben sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und politisch-institutionellen Regelungen die in einem Land vorhandene Machtverteilung zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Interessenverbänden (Machtressourcentheorie) sowie die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung (Parteiendifferenzlehre) maßgeblich dafür, welches Marktwirtschaftsregime und Wohlfahrtsstaatsmodell sich herausbildet.¹⁴ So erklärt sich die egalitärere Einkommensverteilung in den Staaten Nordeuropas aus der Dominanz der Sozialdemokratie sowie starken Gewerkschaften mit hohem Organisationsgrad und breiter Verankerung auch in der Mittelschicht. Aus dieser Konstellation entstanden in Skandinavien koordinierte Marktwirtschaften mit universellen Wohlfahrtsstaaten, die das erwirtschaftete Volkseinkommen in hohem Maße umverteilen. Das konträre Modell dazu bilden die USA: Hier gibt es weder eine sozialdemokratische Partei noch starke Gewerkschaften – der Organisationsgrad der US-Gewerkschaften lag 2010 bei nur 11,4%, in Schweden betrug er 68,9%. Folge: In den USA existiert eine liberale Marktwirtschaft mit nur rudimentärem Wohlfahrtsstaat und krassen Einkommensunterschieden.

Es liegt somit nicht an „ökonomischen Sachzwängen“, sondern an den jeweiligen politischen Mehrheiten, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft für tolerabel hält und zulässt. Zu diesem Schluss kommt auch die OECD-Studie über die weltweit wachsende Ungleichheit: „Wie viel Ungleichheit es exakt in einer Gesellschaft gibt, wird nicht durch den Zufall bestimmt, und es liegt auch nicht außerhalb der Macht der Regierungen, etwas daran zu ändern.“¹⁵

11 Vgl. J. Kromphardt: Fallende Lohnquoten und Verteilungstheorie, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, H. 2/2012, S. 329.

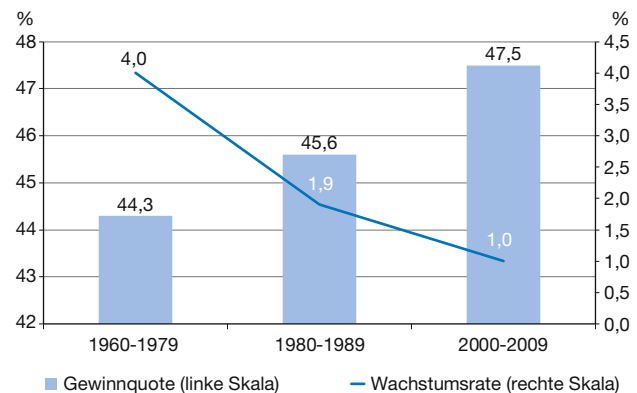
12 Vgl. M. Schröder: *Varianten des Kapitalismus. Die Unterschiede liberaler und koordinierter Marktwirtschaften*, Wiesbaden 2014.

13 Vgl. G. Esping-Andersen: *Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates*, in: S. Lessenich, I. Ostner (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt, New York 1998, S. 19-56.

14 Vgl. M. G. Schmidt et al. (Hrsg.): *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2007.

15 OECD: *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Zusammenfassung in Deutsch, erstellt durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD, Paris 2008, S. 1.

Abbildung 2
Verteilung¹ und Wachstum² in Deutschland³



¹ Gewinnquote: Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen – beschäftigtenstrukturbereinigt – Basisjahr 1950.

² Durchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP. ³ 1960er, 1970er und 1980er Jahre alte Bundesländer, 2000er Jahre Gesamtdeutschland.

Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamts.

Ungleichheit als Preis des Wachstums?

Auch die oft vertretene These, Ungleichheit sei der Preis für wirtschaftliches Wachstum, ist empirisch fragwürdig. So war in den 1960er und 1970er Jahren, als die Gewinnquote nur gut 44% erreichte, das reale Wirtschaftswachstum mit rund 4% höher als in den 1980er und den 2000er Jahren, als bei angestiegener Gewinnquote (45,6% bzw. 47,5%) die Wachstumsraten mit 1,9% bzw. 1% deutlich niedriger ausfielen¹⁶ (vgl. Abbildung 2). Selbst das Institut der deutschen Wirtschaft kam 2001 zu dem Ergebnis: „Beim Verhältnis von Wachstum und Verteilung kann nicht von einer eindeutigen Wirkungsrichtung ausgegangen werden.“¹⁷

Neuere internationale Studien bestätigen: Auch zwischen dem Anteil der Topverdiener und dem Wachstum gibt es keinen systematischen Zusammenhang.¹⁸ Ebenso stellt eine aktuelle Untersuchung des Internationalen Währungsfonds fest: Umverteilung bremst das Wachstum nicht. Im Gegenteil: Länder, die nach fiskalischer Umverteilung eine geringere Ungleichheit aufweisen, verzeichnen im Durchschnitt ein höheres Wirtschaftswachstum als solche mit sehr großen Einkommensunterschieden. Hohe Ungleichheit schadet dem Wachstum, weil es z.B. vielen den Zu-

16 Die Wiederaufbauphase (1950er Jahre) der alten Bundesrepublik und das Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung (1990er Jahre) bleiben hier wegen der ökonomischen Sondersituation außer Betracht.

17 M. Grömling: *Ist Ungleichheit der Preis für Wohlstand? Zum Verhältnis von Wachstum und Verteilung*, Köln 2001, S. 185.

18 Vgl. D. Andrews, C. Jencks, A. Leigh: *Do Rising Top Incomes Lift All Boats?*, in: *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy*, 11. Jg. (2011), H. 1 (Contributions), Artikel 6.

gang zum Gesundheitswesen und zu Bildung versperrt, also das Humankapital schwächt.¹⁹

Die wachsenden Einkommensdisparitäten hatten in vielen Demokratien problematische politische Folgen: die Wahlbeteiligung sank deutlich. In Deutschland betrug sie bei der letzten Bundestagswahl nur noch 71,5% (zum Vergleich 1980: 88,6%). Insbesondere sozial Benachteiligte gehen nicht mehr zur Wahl,²⁰ weil sie nicht mehr glauben, dass ein Regierungswechsel ihre Situation verbessern würde. Die Demokratie, die durch das Prinzip „one man, one vote“ alle gleichstellen und so einen fairen Ausgleich der Interessen gewährleisten will, wird dadurch ausgehöhlt.

Politische Verantwortung

An dieser Stelle ist daran zu erinnern, was das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 1956 der Politik ins Stammbuch schrieb: „Der Staat ist ein Instrument der ausgleichenden sozialen Gestaltung ... Vorzüglich darum ist das Sozialstaatsprinzip zum Verfassungsgrundsatz erhoben worden; es soll schädliche Auswirkungen schrankenloser Freiheit verhindern und die Gleichheit fortschreitend bis zu dem vernünftigerweise zu fordernden Maße verwirklichen.“²¹

19 Vgl. J. D. Ostry, A. Berg, C. G. Tsangarides: Redistribution, Inequality, and Growth, IMF Staff Discussion Note 14/02, Washington 2014, S. 4. Für Deutschland vgl. K. Brenke, G. G. Wagner: Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum, in: Wirtschaftsdienst, 93. Jg. (2013), H. 2, S. 110-116.

20 Vgl. A. Schäfer: Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 63. Jg. (2013), Nr. 48-49, S. 43.

21 BVerfGE 5, 85, 372 f.

Die Politik ist daher aus vielen Gründen gefordert, die in den letzten dreißig Jahren durch einen angebotsorientierten Kurs verursachte Umverteilung von unten nach oben wieder zurückzudrehen. Verteilungsmasse ist ausreichend vorhanden. Ende 2012 verfügten die Unternehmen über ein Geldvermögen von 2118 Mrd. Euro,²² das entspricht in etwa der gesamten Staatsverschuldung Deutschlands. Die Kapitalgesellschaften konnten dank dynamischer Gewinnentwicklung ihre Nettoinvestitionen zu einem Großteil aus Eigenmitteln finanzieren, so dass es 2012 erneut zu einem Finanzierungsüberschuss von fast 36 Mrd. Euro kam.²³ An Instrumenten zur Umverteilung mangelt es nicht, nur am politischen Willen, sie zu nutzen.

22 Vgl. Deutsche Bundesbank: Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013. Die Bundesbank bezeichnet es als Forderungsvermögen. Angaben zu den Jahresabschlüssen 2013 liegen noch nicht vor.

23 Vgl. Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland (2008-2013), Juni 2014, S. 13 und S. 60. 2013 betrug der Finanzierungsüberschuss gut 52 Mrd. Euro (S. 62). Die Finanzierungsüberschüsse des Unternehmenssektors sind in vielen Ländern zu beobachten. Dem IWF bereitete dieses aus unverteilter Unternehmensgewinnen stammende, auf den Finanzmärkten nach Anlage suchende Kapital schon 2006 große Sorgen. Vgl. IMF: Awash with Cash: Why are Corporate Savings so High?, in: World Economic Outlook, April 2006, S. 135. Diese, auf den internationalen Finanzmärkten vagabundierenden Gelder – laut IWF damals 1,3 Billionen US-\$ – werden für Real-Kapitalinvestitionen nicht eingesetzt, also nicht als Darlehen von den Banken in Anspruch genommen. Stattdessen müssen die Banken für diese Gelder nach rentierlichen Anlagen auf den Kapitalmärkten suchen, was viele zu risikoreichen Geschäften „getrieben“ hat – mit eine Ursache der Finanzmarktkrise.

Judith Niehues, Christoph Schröder

Einkommens- und Vermögensverteilung: zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit

Die wirtschaftliche Situation ist in Deutschland im europäischen Vergleich unbestritten sehr gut. Seit 2005 hat sich die Arbeitslosenquote mehr als halbiert, die Steuereinnahmen klettern auf immer neue Höchststände und auch die Sozialkassen sind noch gut gefüllt. Vom „kranken Mann Europas“ ist die deutsche Wirtschaft zum Vorbild für die europäischen Nachbarländer geworden. Die positive Entwicklung weckt Begehrlichkeiten und öffnet den Raum für Verteilungsdebatten: Profitieren von der positiven Entwicklung nur die Reichen?

„Reiche trotz Finanzkrise immer reicher“¹ – gemäß der medialen Botschaften nach der Veröffentlichung des Vierten und aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts scheint genau dies der Fall zu sein. Allerdings zeichnet die faktische Entwicklung der Verteilungsindikatoren ein anderes Bild. Nach-

1 Thomas Öchsner: Reiche trotz Finanzkrise immer reicher, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.9.2012, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neuer-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-reiche-trotz-finanzkrise-immer-reicher-1.1470673> (13.10.2014).

dem die Armutsgefährdungsquote und die Ungleichheit der Einkommen um die Jahrtausendwende noch deutlich zugenommen haben, lässt sich seit etwa 2005 eine Trendwende erkennen: Der Anstieg der Einkommensarmut ist gestoppt und die Einkommensschere hat sich – wenn man überhaupt eine Veränderung konstatieren mag – seither wieder etwas geschlossen. Auch die Vermögenskonzentration hat im letzten Jahrzehnt nicht zugenommen. Gerechtigkeit wird offensichtlich nicht nach objektiven Fakten, sondern vielmehr nach subjektiv geprägten Wahrnehmungen über die Verteilungsverhältnisse in der Gesellschaft beurteilt.

Was die Beurteilung der Höhe der Ungleichheit angeht, müssen Ökonomen eine Antwort schuldig bleiben: Zwar kann man von einem abnehmenden Grenznutzen des Einkommens ausgehen, so dass mehr Gleichheit ceteris paribus den Gesamtwohlfstand erhöht. Kommt es jedoch zu negativen Wirkungen auf Wachstum und/oder Beschäftigung oder werden einzelne Gruppen stark benachteiligt, entsteht ein Trade-off, der nur normativ durch die Bevölkerung und die politischen Entscheidungsträger zu bewerten ist. Die Ökonomen und Verteilungsforscher können nur einen informativen Beitrag dazu leisten, wie dieser Trade-off einzuordnen ist.

Einkommensverteilung

Ordnet man das Niveau der Einkommensungleichheit in Deutschland international ein, dann ist ein Ergebnis sehr robust: Deutschland liegt zwar nicht ganz vorne im Länder-ranking, aber doch immer etwas besser als der EU- oder der OECD-Durchschnitt. Befragt man die deutsche Bevölkerung, dann beurteilt jedoch die Mehrheit der Deutschen die Einkommensunterschiede im Land als zu groß. Allerdings vermutet die Mehrheit hierzulande auch, dass der größere Teil der Bevölkerung am unteren Ende der Statusverteilung verortet ist.² Dieses Bild wird durch Forschungsarbeiten zur Schichteinteilung der Bevölkerung aber keineswegs bestätigt: wird die Entwicklung der Einkommensmittelschicht im Zeitablauf zwar mitunter kontrovers diskutiert, kommen alle Studien zu dem übereinstimmenden Ergebnis, dass die Mittelschicht die weitaus größte Gruppe der deutschen Bevölkerung darstellt.

Auch bei der Armutsquote schneidet Deutschland im internationalen Vergleich etwas besser ab als der Durchschnitt der EU beziehungsweise der OECD. Bei anderen Armutsindikatoren – die subjektiv empfundene Einkommensarmut, der materielle Mangel und die Fähigkeit mit seinem Geld

über die Runden zu kommen – ist Deutschland sogar noch deutlich besser platziert.³

Bei der Entwicklung der Einkommensungleichheit und der Einkommensarmut im Zeitablauf lässt sich seit etwa 2005 eine Trendwende erkennen: Nachdem sich Ungleichheit und Armutsgefährdung im Zeitraum um die Jahrtausendwende etwas erhöht haben, kennzeichnen sich die Verteilungsmaße seither vor allem durch eine sehr konstante Entwicklung. Dass die Armutsgefährdungsquote trotz Wirtschaftswachstums und geringerer Arbeitslosigkeit nicht sinkt, bedeutet aber nicht, dass die unteren Einkommen hierzulande nicht vom Wachstum profitieren. Bei einer stabilen Armutsgefährdungsquote profitieren die Einkommensarmen prozentual in gleicher Weise vom Wirtschaftswachstum wie die mittleren Einkommensbereiche. Genau genommen haben die unteren Einkommensbereiche seit 2005 sogar relativ höhere Einkommenszuwächse verzeichnet als die reichsten 10% der Bevölkerung. Die Einkommensschere hat sich dadurch leicht geschlossen und die Ungleichheit ist sogar etwas zurückgegangen. Solange sich die Einkommen der Armutsgefährdeten aber prozentual gleich wie die mittleren Einkommen entwickeln, sinkt die Armutsgefährdungsquote trotzdem nicht.

Vermögensverteilung

Nicht erst seit der Veröffentlichung des Buches „Capital in the Twenty-First Century“ von Thomas Piketty wird in Deutschland über die Vermögensverteilung diskutiert. Debattiert wurde bereits heftig, nachdem die Ergebnisse des Vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung im Herbst 2012 öffentlich wurden. Der Anteil der vermögensstärksten 10% der Bevölkerung am gesamten Nettovermögen sei im Zeitablauf immer weiter gestiegen, mittlerweile vereinen sie über die Hälfte der Vermögen auf sich.⁴ Die Bewertung dieser Vermögensverteilung als „äußerst ungleich“ fiel zwar der Ressortabstimmung zum Opfer, in der Öffentlichkeit hat sich diese aber durch die medial wirksame Diskussion um den „geschönten Armutsbericht“ noch weiter festgesetzt.

Der Befund im Armuts- und Reichtumsbericht geht auf die Haushaltsbefragungsdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes zurück. Der betrachtete Zeitablauf im Armuts- und Reichtumsbericht reicht bis 2008, die Wirkungen der Finanzkrise auf die Vermögensverteilung werden somit allenfalls teilweise erfasst. Darüber hinaus werden in der Einkommens- und

2 J. Niehues: Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, in: IW-Trends, 41. Jg. (2014), Nr. 2, S. 75-91.

3 C. Schröder: Armut in Europa, in: IW-Trends, 40. Jg. (2013), Nr. 1, S. 83-99.

4 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2013, S. XII.

Tabelle 1
Verteilung der individuellen Nettovermögen nach Dezilen

Anteile am gesamten Nettovermögen in %

Dezile	Nach Vermögensdezilen			Nach Einkommensdezilen		
	2002	2007	2012	2002	2007	2012
1	-1,1	-1,4	-1,4	1,9	1,5	1,5
2	0,0	0,0	0,0	3,0	3,0	2,7
3	0,0	0,0	0,0	4,3	3,7	4,6
4	0,4	0,4	0,4	5,3	4,2	5,2
5	1,3	1,2	1,3	6,3	6,6	6,8
6	3,3	2,7	3,3	7,1	6,6	7,6
7	6,7	5,9	6,9	9,4	8,7	8,9
8	11,6	11,0	11,9	11,6	11,5	13,4
9	19,4	18,6	19,5	15,0	15,0	14,0
10	58,4	61,6	58,1	36,1	39,3	35,3

Die Personen ab 17 Jahren werden gemäß der Höhe ihrer individuellen Nettovermögen (Spalten nach Vermögensdezilen) bzw. die Gesamtbevölkerung gemäß der Höhe ihrer bedarfsgewichteten Nettoeinkommen des Vorjahres (Spalten nach Einkommensdezilen) sortiert und in zehn gleich große Gruppen eingeteilt (Dezile).

Quelle: Sozio-ökonomisches Panel v29; eigene Berechnungen.

Verbrauchsstichprobe die einkommensstärksten Haushalte aus Datenschutzgründen nicht befragt. Da aber gerade bei den einkommensreichen Haushalten hohe Vermögen zu vermuten sind, eignen sich die Ergebnisse des ebenfalls im Armuts- und Reichtumsbericht verwendeten Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) besser zur Untersuchung der Vermögenskonzentration. Durch eine spezielle Hocheinkommensstichprobe werden einkommensstarke Haushalte überrepräsentiert – die im Armuts- und Reichtumsbericht dargestellte Ungleichheit auf Basis des SOEP ist entsprechend höher. Allerdings werden die Vermögenswerte im Rahmen des SOEP nur alle fünf Jahre abgefragt und im Bericht konnten nur die Ergebnisse bis 2007 einbezogen werden. Mittlerweile sind auch die Werte für 2012 verfügbar. Es zeigt sich, dass die Vermögenskonzentration bei den oberen 10% (und auch insgesamt) zwar zwischen 2002 und 2007 zugenommen hat. Dann ist aber ein gegenläufiger Effekt erkennbar: Einzig der Vermögensanteil der vermögensreichsten 10% hat zwischen 2007 und 2012 abgenommen – und liegt nun wieder auf einem vergleichbaren Niveau wie 2002 (vgl. Tabelle 1). Im Zuge der Finanzkrise haben sich die Vermögensunterschiede also wieder etwas nivelliert. Dass die Vermögen im letzten Jahrzehnt insgesamt nicht ungleicher geworden sind, dokumentieren auch Grabka und Westermeier.⁵

5 M. M. Grabka, C. Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 9, 2014.

Der Vermögensaufbau ist – noch stärker als das Einkommen – durch Lebenszykluseffekte geprägt. Um ein umfassendes Bild über die finanziellen Ressourcen zu erhalten, ist daher neben der isolierten Betrachtung der Vermögenskonzentration auch die Vermögensverteilung nach Einkommensgruppen aufschlussreich. Die Schnittmenge zwischen diesen beiden Gruppen ist erwartungsgemäß groß – aber die Gruppen sind keineswegs identisch. Die einkommensstärksten 10% besitzen nämlich keineswegs die Hälfte des Gesamtvermögens – wie das bei dem vermögensstärksten Dezil der Fall ist –, sondern nur gut ein Drittel, die untere Einkommenshälfte kommt auf immerhin ein Fünftel des Gesamtvermögens (vgl. Tabelle 1). Auch hier zeigt sich im Zeitraum der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Rückgang der Vermögenskonzentration bei den oberen Einkommensgruppen.

Mit Blick auf die internationale Einordnung zeigt eine länderübergreifende Vermögensbefragung der EZB, dass im Vergleich der Euroländer die Vermögensungleichheit in Deutschland recht hoch ist.⁶ Allerdings lässt sich die Höhe der Vermögensungleichheit ohne Einordnung in den spezifischen Länderkontext kaum bewerten. Darüber hinaus ist ein Teil der eingeschränkten Vergleichbarkeit auch methodischer Natur: divergierende Betrachtungszeiträume, unterschiedliche Haushaltsgrößen sowie die unterschiedliche Erfassung sehr vermöglicher Haushalte in den einzelnen Befragungsländern.⁷ Insgesamt ist die Forschung zur Vermögensverteilung weit weniger standardisiert als die Veröffentlichung von Kennziffern der Einkommensverteilung, bei denen sich die Verwendung von bedarfsgewichteten Jahreseinkommen (inklusive Mietvorteilen aus selbstgenutztem Wohneigentum) weitgehend als Standard durchgesetzt hat. Statistiken zur Vermögensungleichheit werden hingegen häufig auf Basis unterschiedlicher Untersuchungseinheiten (auf individueller Basis, je Erwachsenen oder auch auf Haushaltsbasis) veröffentlicht. Der Gini-Koeffizient auf Basis der individuellen Nettovermögen aus den SOEP-Daten lässt sich daher nicht unmittelbar mit den Ungleichheitsmaßen der EZB-Studie vergleichen, die auf den Haushaltsvermögen basieren. Im Gegensatz zu individuellen Vermögen unterstellen die EZB-Statistiken eine maximal mögliche haushaltsinterne Umverteilung. Dadurch liegt die personelle Vermögensungleichheit ceteris paribus höher als jene auf Haushaltsebene.

Interessant bei der Einordnung Deutschlands in einen internationalen Kontext ist auch ein Blick in das Buch Thomas Pikettys: Dort liegt die Vermögenskonzentration bei

6 ECB: The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the First Wave, Statistical Paper Series, Nr. 2, April 2013.

7 Beispielsweise zeigt ein Vergleich der Einkommen in der EZB-Vermögensstudie mit EU-SILC Einkommensdaten, dass die Einkommen in einigen Ländern (wie auch Deutschland) in der EZB-Befragung deutlich ungleicher verteilt sind als im EU-SILC – in anderen Ländern ist es umgekehrt.

den obersten 10% im Jahr 2010 in den USA bei rund 75%, in Großbritannien bei 70%, in Frankreich bei 60% bis 65% und in Schweden bei 55% bis 60%.⁸ Ohne mögliche methodische Unterschiede zu berücksichtigen, wäre somit die Vermögensungleichheit in Deutschland vergleichbar mit der Situation in Schweden – ein Land, das häufig als Musterbeispiel für Umverteilung und soziale Absicherung genommen wird.

Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die vergleichsweise hohe Vermögensungleichheit in Deutschland wird bereits aus der EZB-Studie erkennbar: die geringe Wohneigentumsquote. Die Korrelation der Eigentumsquote mit dem Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung liegt bei -0,83. International zeigt sich somit, dass je weniger Menschen in den eigenen vier Wänden wohnen, desto ungleicher dort die Vermögen verteilt sind. Allerdings verfügt Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern über einen attraktiven Mietwohnungsmarkt, um den uns viele Länder beneiden. Hierzulande sind bonitätsschwache Haushalte nicht gezwungen einen Kredit aufzunehmen, um gut wohnen zu können. Gerade weil es daher kaum zu Verwerfungen im Immobilienmarkt kam, ist Deutschland so gut durch die Finanzkrise gekommen.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Daten der wichtigen Erhebungen zu den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung in Deutschland zeigen, dass weder die Einkommensungleichheit noch die Vermögensungleichheit in den vergangenen zehn Jahren nennenswert gestiegen sind und widersprechen damit der in der Öffentlichkeit verbreiteten Wahrnehmung einer sich stetig öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Daraus folgt nicht zwangsläufig, dass die momentanen Verhältnisse als gerecht akzeptiert werden müssen. Vielmehr ist es eine Frage der normativen Bewertung durch Gesellschaft und Politik, ob das Ausmaß der Ungleichheit als zu hoch oder als angemessen angesehen wird. Gerade am unteren Ende der Einkommensskala, also dort wo Ungleichheit am leidvollsten erfahren wird, steht aber vor allem der, dessen Entfaltungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt sind – denn betroffen von relativer Einkommensarmut sind neben Alleinstehenden vor allem Personen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und besonders Arbeitslose. Hier den Hebel noch konsequenter anzusetzen, könnte helfen, Einkommensarmut zu reduzieren. Konkret wären beispielsweise folgende Maßnahmen erfolgversprechend:

- Bei der bisherigen Ausgestaltung der Transferleistungen ist eine geringfügige Beschäftigung plus ALG II gegenwärtig oft die lukrativste Option. Ein höheres individuelles Arbeitsvolumen bringt wegen der hohen Transferentzugsrate nur geringe Einkommenszuwächse. Vollzeitbeschäftigung oder zumindest längere Teilzeittätigkeiten könnten beispielsweise attraktiver werden, wenn man Verdienste aus Minijobs stärker auf die Transferzahlungen anrechnet und im Gegenzug Jobs mit einem Verdienst zwischen beispielsweise 450 und 1000 Euro prozentual entlastet.
- Mit mehr qualifizierter Ganztagsbetreuung nicht zuletzt für Kleinkinder könnte besonders Alleinerziehenden geholfen werden, Familie und Beruf besser zu verbinden. Gleichzeitig würden sich für Kinder aus bildungsfernen Schichten beziehungsweise mit Migrationshintergrund (bei zusätzlicher Sprachförderung) die Startchancen verbessern. Das gerade eingeführte Betreuungsgeld schafft dagegen Fehlanreize und wirkt auch im Hinblick auf Armutsbekämpfung langfristig kontraproduktiv. Personen mit Migrationshintergrund erhielten durch Sprachförderung und gezielte Bildungsmaßnahmen, beispielsweise zur Vollanerkennung ausländischer Abschlüsse, bessere Entwicklungsmöglichkeiten.

Diese Maßnahmen könnten insgesamt dazu beitragen, die Einkommensarmutsquote zu senken und würden gleichzeitig dazu führen, die (Start-)Chancengerechtigkeit besonders der nachwachsenden Generation zu verbessern und einen Beitrag zu einer Erhöhung des Wachstumspotenzials leisten. Würde die Chancengerechtigkeit verbessert, fiel es auch der Gesellschaft leichter, die dann noch bestehenden Einkommensungleichheiten anzuerkennen. Und schließlich liefert eine möglichst lückenlose Erwerbsbiographie auch gute Voraussetzungen, um Vermögen aufzubauen.

⁸ T. Piketty: Capital in the 21st century, Cambridge 2014, Kapitel 10. Eine vergleichbare Abbildung für Deutschland ist nicht enthalten.

Christian Frey, Christoph A. Schaltegger

Gefühlte oder tatsächliche Zunahme der Einkommensungleichheit in der Schweiz?

Wie gleich sind die Einkommen verteilt und wie hat sich die Verteilung über die Zeit entwickelt? Diese Fragen wer-

den in vielen Ländern und auch in der Schweiz kontrovers debattiert. In der öffentlichen Diskussion wird häufig eine

zunehmende Ungleichheit reklamiert. Das Bild einer sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich ist allgegenwärtig. Aber hält dieses Bild einer nüchternen Analyse der Daten stand? Gemäß Niehues besteht im Ländervergleich nahezu kein empirischer Zusammenhang zwischen der tatsächlich gemessenen und der subjektiven Einschätzung der Einkommensungleichheit durch die Bevölkerung.¹ Kann es sein, dass sich das Bild der Gesellschaft völlig unabhängig von der tatsächlichen Verteilung ergibt?

Als Maßstab für die tatsächliche Ungleichheit wählt Niehues das bedarfsgerechte Nettoeinkommen.² Deutschland und die Schweiz weisen eine sehr ähnliche Ungleichheit in Bezug auf dieses Einkommenskonzept auf. Trotzdem ist die subjektive Einschätzung in Deutschland gemäß Niehues deutlich unvoreilhaft.³ Die Deutschen verorten die Mehrheit der Bevölkerung in der untersten Schicht, während sich die Schweizer als eine klassische Mittelschichtsgesellschaft sehen. Dies scheint zunächst überraschend. Doch die beinahe gleiche Verteilung der Nettoeinkommen in Deutschland und der Schweiz kommt auf sehr unterschiedliche Art und Weise zustande. So hat die Schweiz gemäß OECD-Daten mit einem Gini-Koeffizienten von 0,37 eine sehr viel gleichere Primärverteilung der Haushaltseinkommen als Deutschland (0,5). Erst die deutlich stärkere Umverteilung in Deutschland führt zu einer nahezu identischen Ungleichheit in Bezug auf die Sekundäreinkommen (0,29).⁴ Es wäre erstaunlich, wenn die Primärverteilung sowie das Ausmaß der Umverteilung die Sicht der Bevölkerung auf die Verteilungssituation nicht beeinflussen würde.

Entsprechend ist es für eine umfassende Analyse der – gefühlten wie der tatsächlichen – Einkommensverteilung notwendig, neben der Sekundärverteilung der Haushaltseinkommen auch die Primärverteilung, das Ausmaß der Umverteilung sowie die Divergenzen in den Löhnen heranzuziehen. Genauso ist es auch notwendig, verschiedene Verteilungsmaße zu berücksichtigen. Der Gini-Koeffizient gewichtet alle Einkommensunterschiede gleich und verrechnet Veränderungen an unterschiedlichen Positionen der Verteilungskurve miteinander. Ein Anstieg der Top-Einkommen kann beispielsweise dadurch kompensiert werden, dass die Unter- zur Mittelschicht aufschließt. So wäre eine Polarisierung der Gesellschaft, also die Bildung von in sich homogenen, gegeneinander aber zunehmend ungleichen Gruppen bei konstanten Gini-Werten möglich.

1 J. Niehues: Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen – ein internationaler Vergleich, in: IW-Trends, Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, H. 2/2014, S. 75-89.

2 Ebenda.

3 Ebenda.

4 Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen gemäß Daten der OECD, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=IDD>.

Einflussfaktor: Veränderung der Referenzbevölkerung

Eine umfassende Analyse der Einkommensverteilung sollte im Weiteren den Einfluss der Veränderungen in der Referenzbevölkerung berücksichtigen. Da die Löhne mit steigendem Alter zunehmend divergieren, erhöht sich bei einer Alterung der Erwerbsbevölkerung die statisch gemessene Ungleichheit in der Lohnverteilung automatisch. Selbst dann, wenn sich an der Ungleichheit der Löhne über den gesamten Lebenszyklus nichts verändert. Die demografische Entwicklung beeinflusst insbesondere auch die gemessene Ungleichheit der Primäreinkommen von Haushalten. So verfügen lediglich wenige, sehr vermögende Rentnerhaushalte über maßgebliche Kapitaleinkommen. Die Primäreinkommen der Rentner sind entsprechend sehr ungleich verteilt. Ein steigender Anteil von Rentnerhaushalten erhöht folglich die gemessene Ungleichheit der Primäreinkommen in der Gesamtbevölkerung.

Auch die Zusammensetzung der Haushalte verändert sich. Einzel- und Zweipersonenhaushalte werden häufiger. Die Äquivalenzgewichtung berücksichtigt zwar die geteilten Kosten der gemeinsamen Haushaltsführung und erlaubt so den Vergleich unterschiedlich großer Haushalte. Trotzdem wird die Ungleichheit äquivalenzgewichteter Einkommen durch sich verändernde Haushaltsgrößen beeinflusst. So wird allen Bewohnern von Mehrpersonenhaushalten dasselbe Äquivalenzeinkommen zugeteilt, womit sich bei einer Aufteilung in Einpersonenhaushalten die Ungleichheit erhöht. Es überrascht nicht, dass Peichl et al. einen deutlich positiven Einfluss der sinkenden Haushaltsgröße auf die Ungleichheit der Äquivalenzeinkommen finden.⁵

Aufgrund der in der Schweiz praktizierten gemeinsamen Veranlagung von Ehepaaren wirken sich gesellschaftliche Veränderungen auch auf die gemessene Ungleichheit in Steuerdaten aus. Stammten noch Anfang der 1970er Jahre über 70% aller Steuererklärungen in der Schweiz von verheirateten Paaren, sind es 2010 noch gut 40%. Die steuerbaren Einkommen bestehen somit zunehmend aus einem einzelnen Einkommen, was das Medianeinkommen der Steuersubjekte drückt und die gemessene Ungleichheit vergrößert.

Veränderungen in der Zusammensetzung der Referenzbevölkerung beeinflussen somit die gemessene Einkommensungleichheit direkt. Es handelt sich bei diesen Effekten jedoch um statistische Artefakte, die für die Bewertung der Einkommensverteilung durch die Bevölkerung keine Rolle spielen sollten. Ein weiterer möglicher Grund, weshalb Nie-

5 A. Peichl, N. Pestel, H. Schneider: Demografie und Ungleichheit: Der Einfluss von Veränderungen in der Haushaltsstruktur auf die Einkommensverteilung in Deutschland, IZA Discussion Paper, Nr. 4197, 2009.

hues keinen Zusammenhang zwischen der gemessenen Ungleichheit und der Einschätzung durch die Bevölkerung feststellt.⁶

Einflussfaktor: Veränderung der sozialen Mobilität

De Coulon und Zürcher sowie Moser stellen eine beträchtliche Mobilität der Einkommen in der Schweiz fest.⁷ Die Lebensentwürfe individualisieren sich zunehmend. Eine längere Bildungsphase, Weiterbildungen, Berufswechsel und Erwerbsunterbrechungen verstärken die Volatilität der Einkommen über den Lebenszyklus. Diese Entwicklung führt zu einer zunehmenden Abweichung der statisch gemessenen Ungleichheit der Einkommen eines Jahres von der Ungleichheit der Einkommen über den gesamten Lebenszyklus. Denn die Mobilität und damit die stetige Veränderung der Reihenfolge in den Jahreseinkommen vermindern die Ungleichheit der Einkommen über den gesamten Lebenszyklus. Auch das Ausmaß der sozialen Mobilität beeinflusst somit die Bewertung der Einkommensungleichheit durch die Bevölkerung.⁸

Daten zur Einkommensverteilung in der Schweiz

Durch eine Analyse verschiedener Einkommenskonzepte, mehrerer Verteilungsmaße sowie deren Einflussfaktoren lassen sich Aussagen über den Stand und die Entwicklung der tatsächlichen sowie auch der gefühlten Einkommensverteilung machen.

Wachsender internationaler Handel sowie die zunehmende Arbeitsteilung innerhalb von multinationalen Unternehmen lassen die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften in vielen Industriestaaten sinken. Gleichzeitig erwächst ihnen mit der Öffnung der Arbeitsmärkte Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte. Gemäß der „Krugman-Hypothese“ werden die Auswirkungen dieser Entwicklung durch die Regulierung der Arbeitsmärkte beeinflusst. In stark regulierten Arbeitsmärkten ist tendenziell mit höherer Arbeitslosigkeit zu rechnen, in liberalen Arbeitsmärkten dürften sich die Löhne der gering Qualifizierten nach unten anpassen.⁹ Dank einem flexiblen Arbeitsmarkt weist die Schweiz eine sehr geringe Arbeitslosigkeit sowie eine hohe Erwerbsquote auf. Wegen

der geringen Erwerbslosigkeit – eines der bedeutendsten Armutsrisiken – weist die Schweiz wiederum die tiefste relative Armutsquote in den Primäreinkommen unter allen Industriestaaten auf.¹⁰

In einem flexiblen Arbeitsmarkt sind die Arbeitnehmer jedoch vermehrt Erwerbsrisiken ausgesetzt. Dies zeigt sich für die Schweiz in konjunkturell bedingten Schwankungen der Ungleichheit bei den tiefen Einkommen. Eine Analyse des Bundesamts für Statistik (BFS)¹¹ basierend auf Haushaltsbefragungsdaten illustriert diese Schwankungen anhand des Atkinson-Maßes der Primäreinkommen.¹² Gemäß BFS werden diese Schwankungen durch staatliche Transfers jedoch weitestgehend kompensiert, so dass das Atkinson-Maß der Sekundäreinkommen über die Zeit nahezu konstant bleibt.¹³ Dank diesem impliziten „Flexicurity-Modell“ kann die Schweiz gleichzeitig die Armutsquote in den Primäreinkommen und folglich den Umverteilungsbedarf gering halten sowie eine großzügige soziale Absicherung garantieren. Dennoch bleibt die Bezugsquote aber gering. Gemäß Schätzungen beziehen weniger als 20% der eigentlich bezugsberechtigten Erwerbstätigen mit Einkommen unter der Armutsgrenze Sozialhilfe.¹⁴ Die Absicherung der Erwerbsarmen scheint so nur mangelhaft gewährleistet. Da das verfügbare Einkommen von Langzeiterwerbslosen durch die Sozialhilfe auf das Armutsniveau angehoben wird, stehen viele Erwerbsarme im direkten Vergleich sogar schlechter da. Ein möglicher Grund für die negative Einschätzung der Einkommensverteilung könnte daher auch in der niedrigen Bezugsquote liegen.

Mittlere Einkommen in der Schweiz: keine Zunahme der Polarisierung

Favre, Föllmi und Zweimüller erkennen in den Schweizer Lohndaten zunehmende Bildungsprämien von Hochqualifizierten.¹⁵ Arbeitskräfte mit mittlerem Bildungsabschluss konnten ihre Löhne gegenüber den gering Qualifizierten hingegen nicht steigern. Der technologische Fortschritt

6 J. Niehues, a.a.O.

7 A. De Coulon, B. A. Zürcher: Low Pay Mobility in the Swiss Labour Market, in: D. E. Meulders, R. Plasman, F. Rycx (Hrsg.): Minimum Wages, Low Pay and Unemployment, 2004; P. Moser: Wie durchlässig ist die Gesellschaft?, Statistisches Amt, Statistik info, Nr. 2013/08, Kanton Zürich.

8 A. Alesina, E. La Ferrara: Preferences for Redistribution in the Land of Opportunities, in: Journal of Public Economics, 89. Jg. (2005), Nr. 5, S. 897-931.

9 P. A. Puhani: Transatlantic Differences in Labour Markets: Changes in Wage and Non-Employment Structures in the 1980s and the 1990s, in: German Economic Review, 9. Jg. (2008), H. 3, S. 312-338.

10 Gemäß Daten der OECD (als arm gilt, wer ein Einkommen von weniger als 60% des Medianeinkommens bezieht), <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=IDD>.

11 Bundesamt für Statistik (BFS): Einkommensungleichheit und Staatliche Umverteilung: Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte, Neuchâtel 2012.

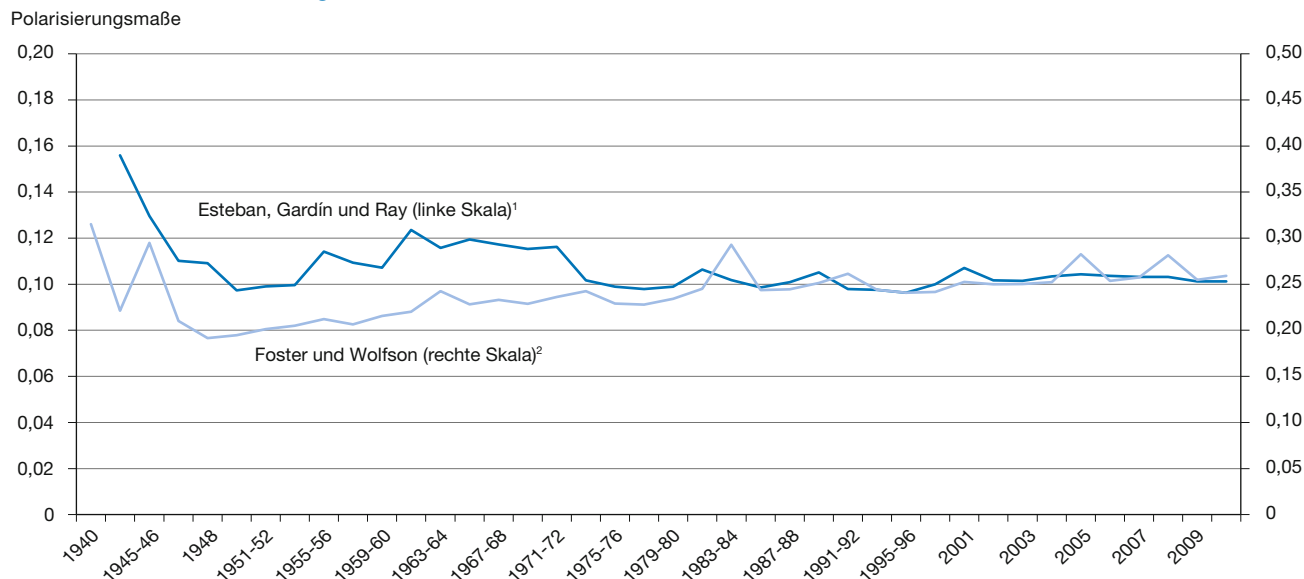
12 Das Atkinson-Maß (Epsilon = 1) reagiert sensibler auf Abweichungen der unteren von den mittleren Einkommen.

13 Bundesamt für Statistik (BFS), a.a.O.

14 R. E. Leu, M. Gerfin, Y. Flückiger, T. Müller, C. Knöpfel, G. Kirchgässner, A. Spermann: Erwerbsabhängige Steuergutschriften: Möglichkeiten und Auswirkungen einer Einführung in der Schweiz, Bern 2007.

15 S. Favre, R. Föllmi, J. Zweimüller: Steigende Bildungsanforderungen an den Mittelstand, in: P. Schellenbauer, D. Müller-Jentsch (Hrsg.): Der strapazierte Mittelstand: Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung, Avenir Suisse, Zürich 2012.

Abbildung 1
Einkommens-Polarisierung für die Schweiz nach Steuerstatistik



¹ J. Esteban, C. Gardin, D. Ray: An Extension of a Measure of Polarization, with an application to the income distribution of five OECD countries, in: Journal of Economic Inequality, 5. Jg. (2007), H. 1, S. 1-19. ² J. E. Foster, M. C. Wolfson: Polarization and the Decline of the Middle Class: Canada and the US, in: Journal of Economic Inequality, 8. Jg. (2010), H. 2, S. 247-273.

Quelle: C. Gorgas, C. A. Schaltegger: Schrumpfende Mittelschicht in der Schweiz?, Ökonomenstimme vom 17.4.2014.

resultiert offenbar in einer gestiegenen Nachfrage nach hochqualifizierter Arbeitskraft. Steigende Bildungsrenditen und eine zunehmende Ungleichheit der Löhne sind die Konsequenz.

Die Bildungspolitik kann diesem Effekt entgegenwirken. Puhani stellt in der Schweiz in den 1990er Jahren diesbezüglich eine erfolgreiche Bildungspolitik fest.¹⁶ So führt die Durchlässigkeit der Bildungsgänge dazu, dass talentierte Sekundarschulabgänger vermehrt eine tertiäre Ausbildung anhängen. Damit werden die besten Sekundarschulabgänger vermehrt zu den Hochqualifizierten anstatt zu den Arbeitskräften mit mittlerem Ausbildungsniveau gezählt. Diese veränderte Zusammensetzung erklärt gemäß Favre et al. zumindest einen Teil der steigenden Bildungsrendite.¹⁷

Seit 2000 führt insbesondere auch die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften zu einer Abschwächung des Anstiegs der Bildungsprämien.¹⁸ Einheimische Hochqualifizierte sehen sich stärkerer Konkurrenz ausgesetzt.

16 P. A. Puhani: Relative Supply and Demand for Skills in Switzerland, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 141. Jg. (2005), H. 4, S. 555-584.

17 S. Favre, R. Föllmi, J. Zweimüller, a.a.O.

18 R. Föllmi: Gewinner und Verlierer der Neuen Zuwanderung: Ökonomische Verteilungseffekte, in: Avenir Suisse (Hrsg.): Die Neue Zuwanderung, Zürich 2008.

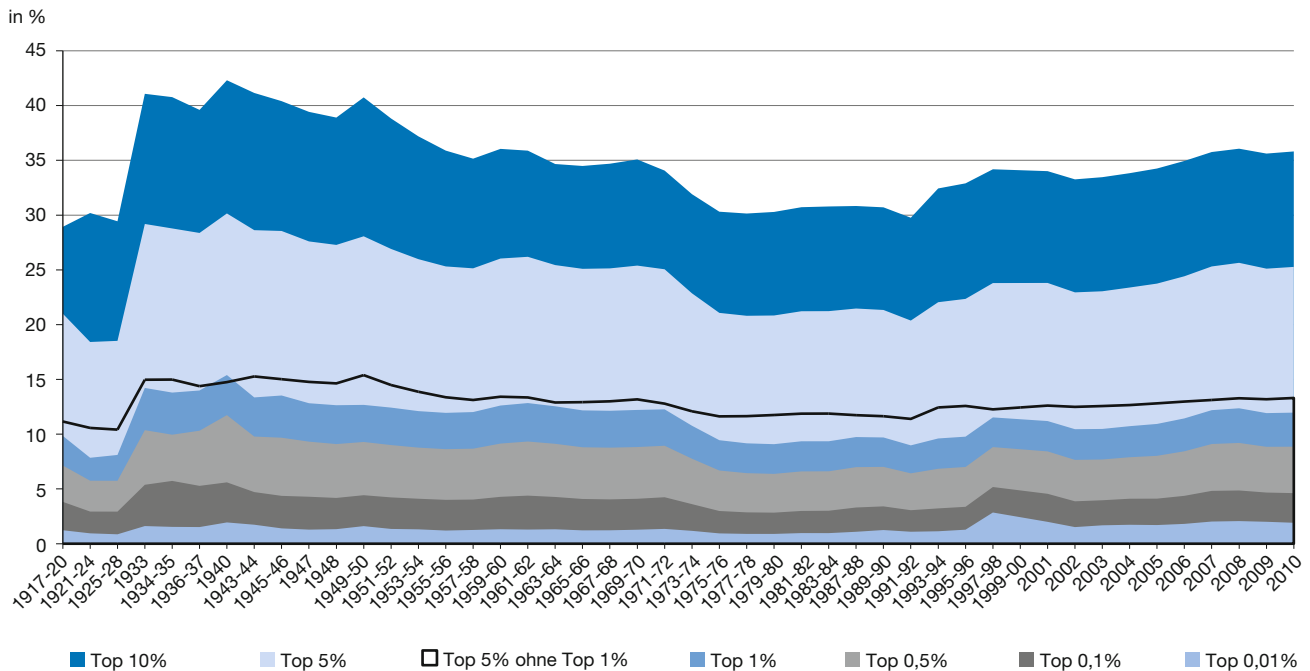
Zudem lassen sich insgesamt gestiegene Bildungsanforderungen an die Mittelschicht feststellen.¹⁹ Teile der Mittelschicht, die bildungsmäßig stagnieren, verlieren gegenüber höher Qualifizierten an Boden. Auch diese Effekte können eine gewisse Unzufriedenheit mit der Verteilungssituation auslösen.

Neben der Ungleichheit erscheint für die Situation der Mittelschicht insbesondere die Polarisierung relevant. Steigende Einkommenspolarisierung beschreibt eine sich öffnende „Lücke“ zwischen Arm und Reich beziehungsweise eine Schrumpfung der Mittelschicht als Bindeglied zwischen den Polen. Einen Indikator zur Messung der Entfremdung zwischen den höchsten und tiefsten Einkommen bieten Polarisierungsmaße. Sie messen die zunehmende Heterogenität zwischen der Mittel-, Ober- und Unterschicht bei gleichzeitig zunehmender Homogenität innerhalb der sozialen Schichten. Dies wäre Nährboden für soziale Spannungen in der Gesellschaft und für Unzufriedenheit mit der Einkommensverteilung. Gorgas und Schaltegger untersuchen die Polarisierung auf Basis von Steuerdaten.²⁰ Das Polarisierungsmaß nach Esteban, Gardin und Ray weist in der Schweiz eine langfristig sehr

19 S. Favre, R. Föllmi, J. Zweimüller, a.a.O.

20 C. Gorgas, C. A. Schaltegger: Schrumpfende Mittelschicht in der Schweiz?, Ökonomenstimme vom 17.4.2014.

Abbildung 2
Top-Einkommensanteile auf Basis der Steuerstatistik in der Schweiz



Quelle: eigene Berechnungen.

stabile Entwicklung auf.²¹ Ein alternatives Maß nach Foster und Wolfson steigt bis in die 1980er Jahre leicht an, ist seitdem jedoch ebenfalls stabil (vgl. Abbildung 1).²² Eine zunehmende Entfremdung der sozialen Schichten kann in der Schweiz somit nicht festgestellt werden. Die Lage der Mittelschicht erscheint stabil.

Eine negative Beurteilung der Verteilungssituation könnte jedoch im Ausmaß der staatlichen Umverteilung begründet liegen. Engler sowie Bütler und Marti untersuchen die Umverteilung durch die gesamte staatliche Aktivität.²³ Dazu gehören nicht nur Steuern und staatliche Transfers, sondern auch öffentlich bereitgestellte Güter wie Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und Kultur. Die staatlichen Leistungen konzentrieren sich bei den untersten Einkommen, während sich bereits die untere und mittlere Mittelschicht stark an der Finanzierung der Staatsaktivität beteiligen.

Insbesondere im mittleren Bereich wird die Einkommensverteilung durch die staatliche Aktivität stark gestaucht. Die untere und mittlere Mittelschicht kann sich im Einkommen nach staatlicher Umverteilung kaum noch von den unteren Schichten abheben.

Keine Zunahme hoher Einkommen

Die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden in der Schweiz ermöglicht es hohen Einkommen, den Wohnort gemäß der lokalen Steuerbelastung zu wählen. Verschiedene empirische Studien haben ein gewisses Maß an Einkommenssegregation in der Schweiz nachweisen können.²⁴ Schmidheiny und Roller berechnen die effektive durchschnittliche Steuerbelastung nach Einkommen unter Berücksichtigung der ungleichen Ansiedlung hoher

21 J. Esteban, C. Gardin, D. Ray: An Extension of a Measure of Polarization, with an application to the income distribution of five OECD countries, in: *Journal of Economic Inequality*, 5. Jg. (2007), H. 1, S. 1-19.

22 J. E. Foster, M. C. Wolfson: Polarization and the Decline of the Middle Class: Canada and the US, in: *Journal of Economic Inequality*, 8. Jg. (2010), H. 2, S. 247-273.

23 M. Engler: Redistribution in Switzerland: Social Cohesion or Simple Smoothing of Lifetime Incomes?, Universität St. Gallen, Discussion Paper, Nr. 2010-02; M. Bütler, C. Marti: Staatliche Steuern und Transfers und ihre Folgen für den Mittelstand, in: P. Schellenbauer, D. Müller-Jentsch (Hrsg.): *Der strapazierte Mittelstand: Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung*, Avenir Suisse, Zürich 2012.

24 Z.B. L. P. Feld, G. Kirchgässner: Income tax competition at the state and local level in Switzerland, in: *Regional Science and Urban Economics*, 31. Jg. (2001), Nr. 2-3, S. 181-213; K. Schmidheiny: Income Segregation and Local Progressive Taxation: Empirical Evidence from Switzerland, in: *Journal of Public Economics*, 90. Jg. (2006), H. 3, S. 429-458; K. Schmidheiny, R. Hodler: How fiscal decentralization flattens progressive taxes, in: *Finanzarchiv/Public Finance Analysis*, 62. Jg. (2006), Nr. 2, S. 281-304; C. A. Schaltegger, F. Somogyi, J. Sturm: Tax competition and income sorting: Evidence from the Zürich metropolitan area, in: *European Journal of Political Economy*, 27. Jg. (2011), H. 3, S. 455-470.

Einkommen.²⁵ Da sich insbesondere die einkommensstärksten Haushalte tendenziell in günstigeren Steuerdomizilen ansiedeln, ergibt sich bei den allerhöchsten Einkommen ein regressiver Bereich der Steuerbelastung. Im regressiven Bereich befinden sich jedoch nur äußerst wenige, sehr hohe Einkommen.²⁶

Der Steuerwettbewerb scheint einen dämpfenden Effekt auf die Steuerbelastung der Top-Einkommen zu haben und damit die Einkommenskonzentration zu begünstigen. Eigene Regressionsanalysen zeigen, dass sich der Effekt des Steuerwettbewerbs auf die Top-Einkommen seit den 1980er Jahren in der Schweiz tatsächlich verstärkt hat.²⁷ Trotzdem zeigen Analysen der gesamtschweizerischen Einkommenskonzentration auf Basis von Steuerdaten eine langfristig stabile Entwicklung der Top-Einkommen (vgl. Abbildung 2).²⁸ Der Steuerföderalismus ist also nicht

25 K. Schmidheiny, M. Roller: Fiskalföderalismus und gesamtschweizerisch regressiver Steuertarif, Präsentation am Annual Congress of the international Institute of Public Finance in Lugano vom 20. bis 23.8.2014.

26 Es handelt sich ungefähr um die 0,1% der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen.

27 C. Frey, C. Gorgas, C. A. Schaltegger: The long run effects of taxes and tax competition on top income shares: an empirical investigation, Präsentation am Annual Congress of the international Institute of Public Finance in Lugano vom 20. bis 23.8.2014.

28 F. Dell, T. Piketty, E. Saez: The Evolution of Income and Wealth Concentration in Switzerland over the 20th Century, in: A. B. Atkinson, T. Piketty (Hrsg.): Top Incomes over the Twentieth Century: A Contrast Between European and English Speaking Countries, Oxford 2007, Kapitel 11, S. 472-500; C. A. Schaltegger, C. Gorgas: The Evolution of Income Concentration in the Swiss Federalism over the Twentieth century, in: Swiss Journal of Economics and Statistics, 147. Jg. (2011), Nr. 4, S. 479-519; R. Föllmi, I. Martinez: Volatile Top Income Shares in Switzerland? Reassessing the Evolution Between 1981 and 2008 Universität St. Gallen, Discussion Paper, Nr. 2012-27, Juni 2013.

Hindernis für die Besteuerung der höchsten Einkommen. Umverteilung bis zu den höchsten Einkommen ist über die stark progressive direkte Bundessteuer sowie die Sozialversicherungsbeiträge möglich.

Fazit: stabile Einkommensverteilung in der Schweiz mit punktueller Unzufriedenheit

Die Daten zur Einkommensverteilung in der Schweiz zeigen eine außergewöhnlich konstante Entwicklung der Einkommensverteilung. Die Armutsquote ist sehr gering, die Lage der Mittelschicht und die Top-Einkommen sind stabil. Unter Berücksichtigung verschiedener Einkommenskonzepte, Verteilungsmaße und der relevanten Einflussfaktoren können jedoch Erklärungen gefunden werden, weshalb die Verteilungssituation durch einen Teil der Bevölkerung als ungleich beurteilt wird, als dies aus den Daten ersichtlich ist. Die von Niehues beschriebene Divergenz zwischen gefühlter und tatsächlicher Ungleichheit lässt sich also in Bezug auf die Schweiz durchaus erklären. Bei den niedrigen Einkommen ist es ein großzügiges System der sozialen Absicherung, das Langzeitarbeitslose gut, Erwerbsarme jedoch nur mangelhaft absichert. Bei den mittleren Einkommen sind es einerseits die gestiegenen Bildungsanforderungen, die ein Gefühl der Überforderung verursachen. Außerdem vermindert die Zuwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte zwar die Bildungsprämie, führt aber zu einem Konkurrenzdruck für hochqualifizierte Einheimische. Hinzu kommt eine sehr umfangreiche Umverteilung durch die gesamtstaatliche Aktivität, die insbesondere die Einkommen der Mittelschicht stark zusammenstaucht, so dass sie sich kaum noch von den unteren Einkommen abheben kann.

Norbert Berthold, Klaus Gründler

Soziale Mobilität und Einkommensungleichheit

Die Einkommensungleichheit hat in den entwickelten Volkswirtschaften innerhalb der letzten Jahrzehnte stark zugenommen. Während der Gini-Koeffizient der Markteinkommen in den USA von 37,4% im Jahr 1970 auf 47,0% am aktuellen Rand angestiegen ist, können ähnliche Entwicklungen in nahezu allen Industrienationen beobachtet werden. Deutschland bildet hier keine Ausnahme, auch hierzulande hat die Einkommenskonzentration mit einem Anstieg von über 10 Prozentpunkten im selben Zeitraum

deutlich zugenommen. Welche Konsequenzen diese Entwicklung auf die wirtschaftliche Effizienz nimmt, wird kontrovers diskutiert. In einem Punkt sind sich die Ökonomen jedoch einig: Wenn die soziale Mobilität – die Möglichkeit, in der Einkommensverteilung nach oben zu gelangen – hoch ist, so ist der Anstieg der Einkommensungleichheit weniger problematisch. Wenn jedem Individuum dieselbe Möglichkeit zum Aufstieg bereit stünde und der monetäre Erfolg im Wesentlichen von den eigenen Anstrengungen

abhinke, so würden Einkommensunterschiede gar eine Anreizwirkung auf Humankapitalakkumulation und Innovationstätigkeit ausstrahlen. Die Frage nach der sozialen Mobilität nimmt damit eine entscheidende Rolle in der wirtschaftspolitischen Diskussion um die Einkommensverteilung ein.

Geringe soziale Mobilität

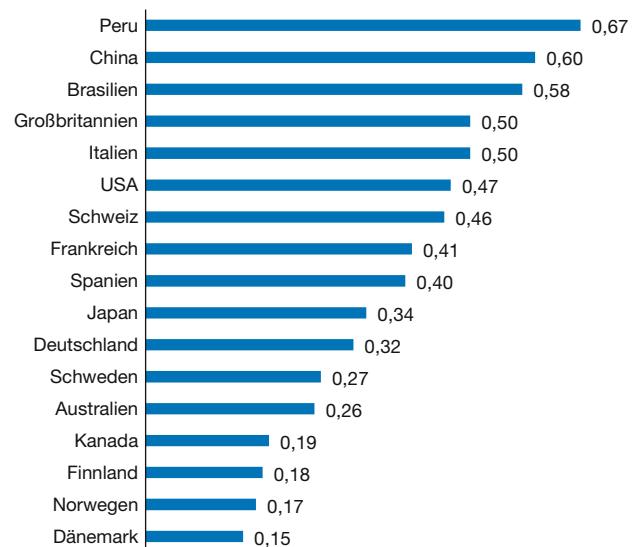
Die Studie von Berthold und Gründler befasst sich ausführlich mit der Messung der sozialen Mobilität, ihren empirischen Einflussfaktoren, sowie den Möglichkeiten der Politik, die Mobilität möglichst ohne Effizienzverluste zu erhöhen.¹ In der Diskussion um die Persistenz der Einkommen hat sich hierbei der Begriff der „intergenerativen Einkommenselastizität“ durchgesetzt, welche die Korrelation der Einkommen zwischen einem Vater und seinem erwachsenen Sohn misst. Ist die intergenerative Einkommenselastizität hoch, so ist die Ökonomie sozial immobil. Bisher lagen Mobilitätsraten aufgrund der geringen Verfügbarkeit von Mikrodatsätzen für 22 Länder vor, die von Miles Corak berechnet werden.² Damit war eine fundierte makroökonomische Analyse der Unterschiede zwischen den Ländern nicht möglich. Die Studie von Berthold und Gründler schlägt zwei alternative Messgrößen unter Zuhilfenahme von makroökonomischen Daten vor, die für eine Reihe von Ländern verfügbar sind und damit die Messung auf Basis eines breiten Ländersamples möglich macht.³ Abbildung 1 zeigt die soziale Mobilität für ausgewählte Länder.

Vor allem die skandinavischen Länder zeichnen sich durch eine sehr hohe Mobilität aus: In Dänemark (15%), Norwegen (17%) und Finnland (18%) spielen die ökonomischen Rahmenbedingungen der Väter eine untergeordnete Rolle für das Einkommen der Söhne. Auch in Kanada (19%) und Australien (26%) ist die Einkommenspersistenz vergleichsweise gering. Deutschland liegt mit 32% im Mittelfeld und rangiert damit auf einem Niveau mit Japan (34%), Spanien (40%) und Frankreich (41%). Die höchste intergenerative Einkommenselastizität wird in südamerikanischen Ländern gemessen. Vor allem in Peru (67%), Brasilien (58%) und Chile (52%) ist die Einkommensungleichheit über die Generationen hinweg be-

- 1 N. Berthold, K. Gründler: On the Empirics of Social Mobility: A Macroeconomic Approach, Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Universität Würzburg, Nr. 128, 2014.
- 2 Vgl. M. Corak: Do poor children become poor adults? Lessons for public policy from a cross country comparison of generational earnings mobility, in: Research on Economic Inequality, 13. Jg. (2006), Nr. 1, S. 143-188; M. Corak: Inequality from generation to generation: The United States in comparison, unveröffentlichtes Forschungspapier der University of Ottawa, 2011.
- 3 N. Berthold, K. Gründler, a.a.O.

Abbildung 1
Soziale Mobilität in ausgewählten Ländern

Intergenerative Einkommenselastizität



Quelle: M. Corak: Inequality from generation to generation: The United States in comparison, unveröffentlichtes Forschungspapier der University of Ottawa, 2011.

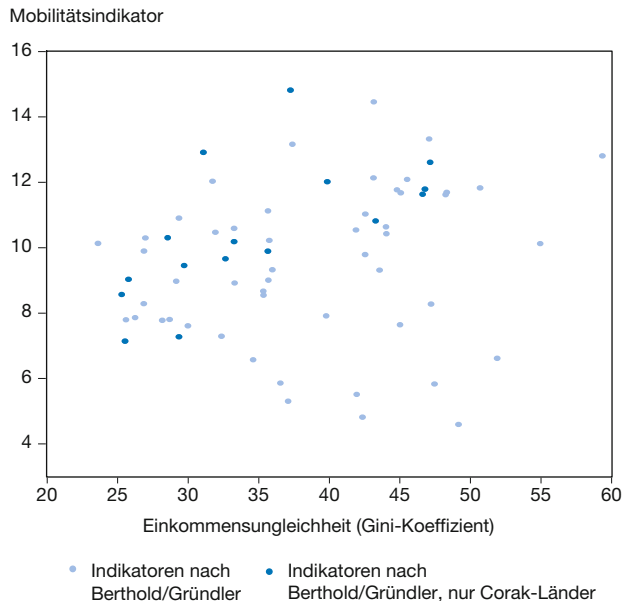
ständig. Nicht weit von dem südamerikanischen Niveau entfernt sind die angelsächsischen Länder USA (47%) und Großbritannien (50%), in denen die Einkommen des Vaters in etwa die Hälfte der Einkommen der Söhne erklären. Insgesamt ist die soziale Mobilität in den meisten Ländern allerdings nicht annäherungsweise hoch genug, um den starken Anstieg der Einkommensungleichheit zu kompensieren.

Die Great-Gatsby-Kurve

Eine Beobachtung, die in den letzten drei Jahren für einiges Aufsehen gesorgt hat, ist die negative Korrelation der Mobilität mit der Einkommensungleichheit. Dieser deskriptive Zusammenhang wurde von Alan Krueger in Anlehnung an das gleichnamige Buch von F. Scott Fitzgerald nicht ohne Ironie als „Great-Gatsby-Kurve“ bezeichnet. Dass diese jedoch im Wesentlichen ein statistisches Artefakt aufgrund der bislang mangelnden Datenlage ist, zeigt Abbildung 2.

Während in Bezug auf die von Corak untersuchten Länder eine starke Korrelation zwischen intergenerativer Einkommenselastizität und der Einkommensungleichheit auszumachen ist (klassische Great-Gatsby-Kurve), verschwindet dieser Zusammenhang bei der Betrachtung eines großen Samples auf Basis der neuen Daten. Dennoch wird von verschiedenen Stellen gefordert, die staatlichen

Abbildung 2
Soziale Mobilität und Einkommensungleichheit



Quelle: N. Berthold, K. Gründler: On the Empirics of Social Mobility: A Macroeconomic Approach, Diskussionspapiere des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik, Universität Würzburg, Nr. 128, 2014.

Umverteilungsaktivitäten zu erhöhen, um über eine Reduktion der Einkommensungleichheit auch eine Erhöhung der sozialen Mobilität zu erreichen. Dieser Schluss ist allerdings trügerisch.

1. Die Kurve zeigt keine Richtung der Kausalität an. Vielmehr ist eine Beeinflussung der Einkommensverteilung durch die Mobilität wahrscheinlicher als umgekehrt.
2. Die Studie von Berthold und Gründler zeigt, dass Umverteilung die Mobilität parabolisch beeinflusst.⁴ Damit wirkt Umverteilung zunächst negativ auf die Mobilität. Nur wenn stark umverteilt wird, kommt es zu einem mobilitätssteigernden Effekt. Dies ist das Resultat zweier gegenläufiger Kräfte, die durch die Umverteilung angestoßen werden. Der erste Effekt besteht in einem abnehmenden Anreiz zur Investition in Humankapital bei progressiverer Ausgestaltung des Steuersystems. Je stärker über das Steuer- und Transfersystem umverteilt wird, desto weniger werden die Individuen bereit sein, in Humankapital zu investieren. Bei Familien mit geringer Präferenz für Bildung kommt dieser Effekt am stärksten zum Tragen. Zudem sinkt der Anreiz für ärmere Familien, die Investitionen in die Bildung der Kinder sowie die daraus entstehenden

4 N. Berthold, K. Gründler, a.a.O.

den Opportunitätskosten über eine Verschuldung am Kapitalmarkt zu finanzieren. In Summe werden reichere Familien relativ betrachtet mehr in Bildung investieren als ärmere Haushalte, was zu einer Reduktion der Mobilität führt. Die Umverteilung stößt jedoch noch einen zweiten Effekt an. Wird umverteilt, so kommt es zu einem Austausch der Einkommen zwischen reichen und armen Familien, was per Definition unmittelbar zu einer Annäherung der verfügbaren Einkommen führt. Übersteigt das Niveau der Umverteilung einen kritischen Wert, so überkompensiert der zweite Effekt den ersten und die Ökonomie befindet sich auf der rechten Seite der Umverteilungsparabel. Die Empirie zeigt jedoch, dass die Spitze der Parabel bei einer Umverteilung von 11 Prozentpunkten liegt.

Der Mittelwert der Umverteilung im Sample der 94 Länder der Standardized World Income Inequality Database, für die der Gini-Koeffizient verfügbar ist, beträgt 6,21, der Median liegt bei 3,63. Das bedeutet, im Durchschnitt wird in den Ländern lediglich die Hälfte der für einen mobilitätssteigernden Effekt notwendigen Mittel umverteilt. Sind umverteilungsinduzierte Mobilitätseffekte erwünscht, so müssen die Steuer- und Sozialsysteme in vielen Ländern grundlegend verändert werden. Bei gewachsenen Anreizstrukturen kann dies allerdings eine Reihe von Risiken und Nebenwirkungen auslösen.

Soziale Segregation, Familienstrukturen, Bildung und Arbeitsmarkt

Im Gegensatz zur ambivalenten Wirkung der Umverteilung wirkt eine hohe soziale Segregation stets mobilitätshemmend. Eine hohe Streuung der Startbedingungen in einer Gesellschaft geht demnach mit einer geringeren Einkommensmobilität einher. Gleiches gilt für die Familienstruktur: Werden Kinder von weniger als zwei Elternteilen aufgezogen, so schneiden diese im Schnitt schlechter auf dem Arbeitsmarkt ab. Die Bedeutung der Stabilität der Familie wird in einer Reihe von Studien betont.⁵ Diese Studien zeigen, dass die Stimulationen, die Kinder in der frühen Phase der Gehirnentwicklung erhalten, die Grenzen der zukünftigen geistigen Leistungsfähigkeit in großem Maße beeinflussen. Ein stimulierendes soziales Umfeld führt insgesamt zu einer besseren kognitiven Entwicklung, zu besseren sozialen Fähigkeiten und zu mehr Gesundheit.⁶ Dies zeigt auch die hohe Geschwis-

5 Vgl. A. Björklund, M. Jäntti: Intergenerational income mobility and the role of family background, in: B. N. Wiemer Salverda, T. Smeeding (Hrsg.): The Oxford Handbook of Economic Inequality, Oxford 2009; sowie M. Corak, a.a.O.

6 Vgl. E. Knudsen, J. Heckman, J. Cameron, J. Shonkoff: Economic, neurobiological and behavioral perspectives on building America's future workforce, NBER Working Paper, Nr. 12298, 2006.

terkorrelation, die in den USA knapp 50% beträgt. In den skandinavischen Ländern Schweden, Finnland und Dänemark ist diese mit rund 25% deutlich geringer. Der familiäre Hintergrund ist in diesen Ländern also weitaus weniger bedeutsam für den späteren Erfolg. Dies ist äußerst bemerkenswert, da die Zahl der Kinder, die von nur einem Elternteil aufgezogen werden, in Schweden in etwa auf dem Niveau des Median liegt (20%). Dennoch ist die soziale Mobilität in Schweden im Ländervergleich mit am höchsten. Augenscheinlich kann das schwedische Schulsystem mit seinem breit ausgebauten Vorschulwesen einen Großteil der durch die Familie entgangenen Stimulanzen auffangen. Ein Ergebnis ist die extrem geringe Varianz der Leistungen der Schüler. Während die OECD-Länder im Bereich Naturwissenschaft der PISA-Studie durchschnittlich eine Varianz von 33% aufweisen, liegt Schweden mit 11% weit hinter diesem Wert.

Dass Deutschland hier wesentlich schlechter abschneidet, liegt nicht zuletzt an der starken Heterogenität der deutschen Schulqualität. Die Ergebnisse von Berthold und Gründler zeigen, dass die Streuung in der Qualität der Schulen einen negativen Effekt auf die Mobilität ausübt.⁷ Die Variation der Ergebnisse zwischen den Schulen liegt in Deutschland mit 68% deutlich über dem OECD-Schnitt (42%). Nur in sehr wenigen Ländern (Israel, Katar, Türkei, Trinidad und Tobago und Argentinien) ist dieser Wert stärker ausgeprägt. Gleichzeitig ist die Varianz der Schülerleistung innerhalb einer Schule relativ gering (44% versus 65% in der OECD). Damit sind zwar die Schüler auf guten Schulen auf vergleichbarem Niveau. Gleichzeitig sind damit die Chancen zum Erreichen des durchschnittlichen Humankapitalbestands für Schüler aus schlechten Schulen überschaubar.

Auch der Arbeitsmarkt beeinflusst die soziale Mobilität. Je höher die Erwerbstätigenquote, desto geringer ist die intergenerative Einkommenselastizität. Die Mobilität ist zudem stark mit der Größe des produzierenden Sektors korreliert. In vielen entwickelten Volkswirtschaften fanden in den letzten Jahrzehnten starke strukturelle Veränderungen statt. Vor allem die Entwicklung vom Industriesektor hin zum Dienstleistungssektor hatte in vielen entwickelten Ökonomien einen starken Einfluss auf die nationalen Arbeitsmärkte. Dies zeigt vor allem das Beispiel USA: Während der Anteil des produzierenden Gewerbes 1970 noch 22,4% betrug, schrumpfte der Sektor bis 2009 deutlich und machte nur noch einen Anteil von 8,9% an der gesamten Beschäftigung aus. Gleichzeitig ist die soziale Mobilität in den USA in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gesunken. In Deutschland ist der produzierende Sektor mit 18,5% noch relativ groß, wenn-

gleich auch eine sinkende Tendenz in den Daten festzustellen ist (1970 versus 2009: -48%). Damit deutet einiges darauf hin, dass Deutschland die mobilitätshemmende Wirkung des strukturellen Wandels möglicherweise erst noch bevorsteht.

Priorität für Bildung und Chancengleichheit

Segregation nach sozialer Herkunft, Bildung und Familienstruktur beeinflussen die Mobilität in starkem Maße. Diese Faktoren sind jedoch nicht unabhängig voneinander, sondern eng miteinander verwoben. Staatliche Bildungsausgaben müssen eine flächendeckend gute Bildung gewährleisten und die Chancengleichheit erhöhen. In Deutschland ist das Problem der Segregation nach sozialer Herkunft schwerwiegend, der Einfluss der Herkunft auf den Bildungserfolg ist so stark wie in kaum einer anderen OECD-Nation. Lediglich in Ungarn, Chile, der Türkei und Belgien spielt der soziale Status eine größere Rolle als in Deutschland.⁸

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So führt die starke Streuung der Schulqualität in Deutschland dazu, dass die Nachfrage nach Plätzen an guten Schulen die vorhandenen Kapazitäten übertrifft. In einem solchen Fall ist die Gefahr des „Cream Skimming“, also der Wahl der subjektiv „besten“ Schüler, hoch. Ein Großteil des Cream Skimming ist auf lokale Segregation zurückzuführen. Kommt es in Städten vermehrt zu räumlicher Konzentration von Bürgern mit vergleichbarem sozialen Hintergrund, so verstärkt dies das Immobilitätsproblem. Zum einen ist die Wohnlage ein Indikator für den sozialen Status, der von Schulen als Grundlage zur Auswahl der Schüler verwendet werden kann. Zum anderen tendieren wohlhabendere Familien dazu, Schulen mit einer hohen Zahl von Kindern aus benachteiligten Familien zu vermeiden. Überdies schreiben wohlhabende Eltern ihre Kinder zumeist an Schulen ein, in denen die Schüler eine vergleichbare ethnische Herkunft besitzen und bewerten den sozio-ökonomischen Hintergrund der anderen Schüler sowie den Anteil der Kinder aus Migrationsfamilien stark in ihrer Schulwahl. Während wohlhabendere Familien die „beste“ Schule für ihre Kinder auswählen, tendieren Familien mit schwächerem sozio-ökonomischen Status dazu, die Kinder an die geografisch am nächsten liegende Schule zu schicken. Alle diese Tendenzen führen zu einer Verstärkung des Segregationsproblems.

Es zeigt sich überdies, dass Familien mit geringerem Bildungsniveau weniger Zeit für die Wahl der Schulen aufbringen und einen deutlichen Informationsnachteil

⁷ N. Berthold, K. Gründler, a.a.O.

⁸ Vgl. OECD: Equity and Quality in Education, Supporting Disadvantaged Students and Schools, Paris 2012.

in Bezug auf das Bildungssystem und die Schulqualität besitzen. Insgesamt fällt es benachteiligten Familien oftmals schwer, an die für eine fundierte Entscheidung über die Schulwahl benötigten Informationen zu gelangen. In einigen Fällen ist die Wahl der Schule bzw. der Schulform schlicht das Ergebnis der Präferenzen der Eltern, wobei Eltern mit höherem Bildungsniveau tendenziell eine höhere Präferenz für Bildung besitzen. Ferner zeigen einige Studien, dass eine frühe Trennung der Kinder in verschiedene Schultypen zu einer höheren Segregation und zu einer Reduktion des Bildungserfolgs führen.⁹ Je geringer die Dauer in der Elementar- und Sekundarstufe, desto stärker fallen die Präferenzen der Eltern und weniger die der Kinder ins Gewicht.

Formula Funding nach niederländischem Vorbild kann helfen, Cream Skimming zu reduzieren und die Segregation der Kinder nach sozialem Hintergrund zu vermeiden. Nach dem System wird zunächst jedem Schüler ein Gewicht zugeordnet. Die finanziellen Mittel, die eine Schule bereitgestellt bekommt, bemessen sich schlussendlich an der Summe der Gewichte. Wenn Schülern aus benachteiligten Familien ein höheres Gewicht zugewiesen wird, so entsteht ein Anreiz für Schulen, eben diese Schüler aufzunehmen. Damit wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass die Zulassung von benachteiligten Kindern aufgrund der intensiven Betreuung unter Umständen kostenintensiver sein kann. Cream Skimming wird dadurch eingeschränkt, die Mischung von Schülern verschiedenster ethnischer und sozialer Herkunft führt zu einer Reduzierung der Clusterbildung. Desegregation verringert überdies den Einfluss von für Kinder suboptimalen Präferenzen der Eltern. Gleichzeitig wird über diesen Weg die Zahl „schlechter Schulen“ reduziert.

Gleichzeitig ist die frühkindliche Bildung entscheidend für das spätere Bildungspotenzial und übt einen erhebli-

chen Einfluss auf die soziale Mobilität aus. Das Beispiel Schweden zeigt sehr anschaulich, dass die kognitive Stimulation, die Kindern aus benachteiligten Familien mit weniger als zwei Elternteilen unter Umständen entgeht, durch eine intensive Betreuung in Krippenplätzen substituiert werden kann. Aus diesem Grund ist es von großer Bedeutung, dass der Staat hinreichende Ressourcen zur frühkindlichen Bildung im Vorschulbereich bereitstellt und diese vor allem Kindern aus benachteiligten Familien entgeltlos zur Verfügung stellt.

Zuletzt ist auch der Arbeitsmarkt ein wesentliches Instrument zum Erreichen einer hohen sozialen Mobilität. Die Länder, denen es besser gelingt, Menschen in die Erwerbstätigkeit zu bringen, zeichnen sich im Schnitt durch eine höhere soziale Mobilität aus. Als wesentlicher arbeitsmarktpolitischer Treiber der Immobilität erweist sich der strukturelle Wandel. Der technologische Fortschritt verändert die Nachfrage nach Fähigkeiten seitens der Unternehmen. Passen die veränderten Anforderungen der offenen Stellen nicht zu den Fertigkeiten der Arbeitnehmer, so entsteht Mismatch-Arbeitslosigkeit. Die Politik muss daher frühzeitig auf den Strukturwandel reagieren.

Fazit

Die soziale Mobilität nimmt in der Frage nach der Einkommensverteilung und den Möglichkeiten zur Reduktion der Ungleichheit eine Schlüsselrolle ein. Wenn es gelingt, die gegenwärtig überschaubare Mobilität zu erhöhen, so lösen sich viele Probleme der steigenden Einkommensungleichheit von selbst. Dafür muss der Fokus der Bildungspolitik auf Chancengleichheit gelegt und das Vorschulwesen ausgebaut werden. Stehen jedem Individuum dieselben Chancen offen, so ist die Verteilung der Humankapitalakkumulation und schlussendlich die Verteilung der Einkommen das Resultat von Präferenzen. Diese Lösung ist überdies deutlich anreizkompatibler als eine reine Politik der Umverteilung.

⁹ Vgl. OECD, a.a.O.

Title: *Distribution of Income and Wealth – Too Unequal?*

Abstract: *The distribution of income and wealth in Germany grew increasingly unequal until the beginning of the financial crisis. But inequality has not risen in either Germany or Switzerland since 2005. Nevertheless, Germans overestimate inequality. The German gap between reality and perception of inequality is important to investigate, as the subjective assessment of inequality influences redistribution preferences. Rising inequality may damage social stability and democracy, but it is unclear whether economists are able to assess a “proper and just” distribution. Interdependencies are discussed: Does a more equal distribution create negative effects on economic growth? How does Germany rank internationally with regard to distribution? Social mobility rates differ substantially across countries; what are the implications for economic policy?*

JEL Classification: D31, D33, H24, J24